

## Protokoll der 22. Sitzung

vom 24. November 2008, 14.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

*Vorsitz*                    Jeanette Storrer

*Protokoll*                Erna Frattini und Norbert Hauser

*Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)*

Alfred Bächtold, Elisabeth Bühner, Hans-Jürg Fehr, Rebecca Forster, Ursula Leu, Richard Mink, Osman Osmani, Hansueli Scheck, Peter Scheck, Andreas Schnider, Sabine Spross, Jürg Tanner, Erna Weckerle, Gottfried Werner, Thomas Wetter, Nil Yilmaz.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Staatsvoranschlag 2009 ( <i>Fortsetzung der Detailberatung</i> )	962
2. 80. Geschäftsbericht 2007 der Kantonalen Pensionskasse	988

**Zur Traktandenliste:**

**Martin Kessler** (FDP): Der Regierungsrat hat am 18. November 2008 bekannt gegeben, dass er auf den 1. Dezember 2008 eine Änderung der kantonalen Umweltschutzverordnung beschlossen hat.

Dabei wurde § 26 in Einklang mit dem Bundesrecht gebracht. Der Regierungsrat hat somit meinen Bedenken, welche ich im Postulat 8/2008 „Weniger Bevormundung des Bürgers – Umweltschutzverordnung anpassen“ formuliert habe, vollumfänglich stattgegeben. Die jetzige Formulierung von § 26 lässt Gemeinden und Privatpersonen einen gewissen Spielraum für eine vernünftige Entsorgung ihrer natürlichen Wald-, Feld- und Gartenabfälle.

Ich danke der Regierung für die effiziente Umsetzung, gebe aber auch zu bedenken, dass der ganze Aufwand und Aufruhr nicht nötig gewesen wäre. Insbesondere Entschuldigungen an die Gemeinden sind mehr als peinlich und wären mit einer einfachen Klärung der Rechtslage zu vermeiden gewesen.

Im Sinne einer Entschlackung der Traktandenliste ziehe ich mein Postulat, das momentan auf Platz 15 ausharrt, zurück.

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer** (FDP): Das Traktandum 7 (Interpellation Nr. 7/2008 von Hans-Jürg Fehr vom 29. April 2008 betreffend Hemishofer-Brücke statt neue Tunnels) wird, da der Interpellant heute nicht anwesend ist, an den Schluss der Traktandenliste gesetzt.

\*

**1. Staatsvoranschlag 2009**

Grundlagen: Vorlage des Regierungsrates vom 9. September 2008  
Bericht und Antrag der GPK betreffend Staatsvoranschlag 2009 (Amtdruckschrift 08-117)

**Fortsetzung der Detailberatung****25 Finanzdepartement****2504 Allgemeiner Personalaufwand****301.9995 Teuerung und 302.9995 Teuerung**

**Florian Keller** (AL): Ich beantrage Ihnen, anstelle der vorgesehenen Fr. 2'035'000.– die Summe von Fr. 2'360'000.– einzusetzen. Dies entspricht einem Ausgleich der Teuerung um 2,9 Prozent. Es handelt sich

hierbei um einen Stellvertreterantrag. Bitte verhalten Sie sich aber bei der Abstimmung darüber so, als wäre es ein Grundsatzantrag darüber, ob die Teuerung voll ausgeglichen werden soll. Eventuell würden dann weitere Anträge zu anderen Konten folgen.

Ich lege offen, wie viel dies insgesamt ausmachen würde: Für die gesamte Verwaltung und auch für das Personal der ausgegliederten Betriebe wie insbesondere der Spitäler würde es Mehrkosten in der Höhe von 1,125 Millionen Franken verursachen.

Regierungsrat Heinz Albicker hat in seinem Eintretensvotum Folgendes erklärt: Es wäre möglich – wenn die Situation einmal ganz glänzend aussehe beziehungsweise wenn man von einer höheren Teuerung ausgehen würde, als im September als auszugleichend betrachtet wird –, auch einmal mehr zu geben beziehungsweise die 0,4 Prozent, die jetzt nicht gestattet werden sollen, in einem anderen Jahr auszugleichen. Ich glaube das nicht.

Was haben wir vor einem Jahr getan? Wir hatten die genau gleiche Ausgangssituation, nur dass die Vorzeichen umgekehrt waren. Vor einem Jahr hat der Regierungsrat mit einer höheren Teuerung budgetiert, als im September tatsächlich als auszugleichend betrachtet worden war. Selbstverständlich hat man vor einem Jahr nicht diejenige Teuerung ausgeglichen, die man budgetiert hatte, sondern die Teuerung, wie sie effektiv per September 2007 auszugleichen war. Die Teuerung, meine Damen und Herren, ist nicht von uns gemacht, die Teuerung geschieht. Eventuell kann die Notenbank mit ihrer Geldpolitik die Teuerung ein wenig beeinflussen. Wir als Kantonsrat können es nicht, und wir können uns die Teuerung auch nicht zurechtbiegen. Diese beläuft sich per September 2008 auf 2,9 Prozent. Es ist unstatthaft, sie nun nicht vollständig auszugleichen.

Wir haben vor einem Jahr das Budget der Realität angepasst. Die heutige Realität verlangt ebenfalls eine Anpassung des Budgets an sie. Und das wäre eben eine Erhöhung der Lohnsumme für den Teuerungsausgleich um 0,4 Prozent. Heute heisst es plötzlich von Regierungsseite – ich hoffe, nicht auch vonseiten dieses Rates –, die Realität tue hier nichts zur Sache.

Vor ein paar Jahren wurden mit der Einführung des neuen Personalgesetzes die Aufgaben und die Funktionen, die in dieser Verwaltung wahrgenommen werden, mit einem bestimmten Lohnband bewertet. Man sagte, eine Funktion habe einen entsprechenden Wert. Und wenn wir eine Teuerung nicht vollständig ausgleichen, so sagen wir damit, dass diese Funktion jetzt einen geringeren Wert hat – obwohl sie immer noch dieselbe Funktion ist und obwohl sie wahrscheinlich auch gut versehen wird. Wir entwerten die Funktionen automatisch und durch alle Bänder

hindurch, wenn wir dem Personal den vollen Ausgleich der Teuerung verweigern.

Sie werden mir entgegenen: Wer gut gearbeitet hat, erhält ja auch mehr. Dazu sage ich erneut: Nein, das stimmt nicht. Es gibt beispielsweise die älteren Angestellten, die in ihrem Lohnband oben anstehen. Diese können gar nicht mehr von individuellen Lohnerhöhungen profitieren; sie sind darauf angewiesen, dass ihr Lohnband mit der Teuerung angehoben wird, damit ihr Lohn nicht einen Kaufkraftverlust erleidet. Wir streben trotz unseres Wissen darum, dass die Teuerung per September 2008 2,9 Prozent betrug, einen Kaufkraftverlust an, insbesondere für all diejenigen älteren Arbeitnehmenden, die in ihrem Lohnband bereits auf der obersten Position angelangt sind und nicht in den Genuss individueller Lohnerhöhungen kommen können. Zugegeben, alle 25 Jahre gibt es ein Dienstaltersgeschenk.

Es gibt auch Leute, die glauben, eine individuelle Lohnerhöhung von weniger als 1 Prozent sei zu gering, um dem Anspruch des Leistungslohns gerecht zu werden. Dann nämlich, so wird argumentiert, habe man die Qualifikation vergebens durchgeführt, denn die Angestellten könnten nicht mehr angemessen mit einem Leistungslohn belohnt werden. Ich entgegne dem folgendermassen: Es ist das Recht eines jeden Arbeitnehmenden, einmal im Jahr von seinem Vorgesetzten ein detailliertes Feedback zu erhalten. Die Qualifikationen wären auch dann angemessen, wenn sie überhaupt nicht lohnwirksam wären, weil eben ein jeder das Anrecht auf dieses Feedback hat.

Ich bitte Sie, den Anstand zu wahren und den Angestellten die volle Teuerung auszugleichen, insbesondere da diese selbst es via Personalkommission so gefordert haben. Sie haben selbst, nachdem der Regierungsrat nicht Hand dazu geboten hatte, die Gesamtlohnsumme um über 3,5 Prozent anzuheben, weiterhin daran festgehalten, dass sie in erster Linie die Teuerung voll ausgeglichen haben möchten. Setzen Sie wenigstens dieses Zeichen und gleichen Sie dem Personal die volle Teuerung aus. Das Personal hat den gesamten Ausgleich verdient.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Ich habe heute Vormittag die Position des Regierungsrates ausführlich dargelegt und auch die Begründung geliefert, weshalb wir in diesem Fall die Teuerung nicht voll ausgleichen wollen. Florian Keller hat sich nur auf das Vorjahr bezogen. Es gibt aber auch noch ein Vorvorjahr, und da haben wir, als die Teuerung bei 0,9 Prozent lag, die aus dem Vorvorjahr stammenden 0,3 Prozent nachträglich trotzdem ausgeglichen, obwohl wir dies nicht hätten tun müssen.

Mit diesem Vorgehen wollte ich nur dies illustrieren: Im Prinzip möchten wir die Teuerung voll ausgleichen. Wir sind auch bereit, im neuen Jahr

eine erneute Prüfung vorzunehmen. Aber mit 3,5 Prozent liegen wir in der Tat weit, weit vorn. Von 19 Kantonen bieten 5 mehr Lohnerhöhung an als wir. In der Statistik liegen wir weit über dem Durchschnitt. Wir haben es im Regierungsrat genau analysiert. Auch in der Personalkommission habe ich die Zahlen präsentiert. Je nach Statistik – von einer Universität oder aus der Privatwirtschaft – liegen die durchschnittlichen Lohnerhöhungen auf das nächste Jahr zwischen 2,5 und 2,8 Prozent. Deshalb bin ich der Auffassung, mit den 3,5 Prozent könne man sehr gut leben.

**Jakob Hug** (SP): Florian Keller hat richtig gesagt, dass diejenigen, welche im Lohnband oben anstehen, nicht den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Sehen wir uns die Lohnbänder an: Ganz unten, beim Einstieg, verhält es sich genau gleich. Wenn jemand im untersten Segment des Lohnbandes beginnt, erhält er auch 0,4 Prozent weniger. Real wird der Einstiegslohn verringert, wenn wir die Teuerung nicht ausgleichen.

### **Abstimmung**

**Mit 36 : 22 wird der Antrag von Florian Keller abgelehnt.**

### **303.0100 Teuerungsausgleich auf Renten**

**Roger Windler** (SP): Mein Antrag lautet: Den Rentnern soll mindestens die Teuerung ausgeglichen werden, wie sie im Jahr 2008 veranschlagt wurde, und zwar mit Fr. 537'300.–.

Begründung: Bei allen Lohnverhandlungen richten wir unser Augenmerk darauf, dass vor allem bei den unteren Löhnen die aussergewöhnlich hohe Teuerung mindestens voll ausgeglichen wird oder sogar eine reale Erhöhung stattfindet. Es sind vor allem die unteren Einkommen und die Renten, die unter der Teuerung leiden. Wenn wir eine drohende Rezession abwenden oder auch nur abmildern wollen, müssen wir den privaten Konsum ankurbeln und am Laufen halten, denn eine Rezession beginnt im Kopf. Alle, auch der Staat, müssen sich jetzt antizyklisch verhalten, sowohl bei den Löhnen, die um mindestens 2,5 Prozent steigen, als auch bei den Renten, die ebenfalls um die Teuerung steigen sollten, denn der Kaufkraftverlust macht vor den Renten nicht Halt.

**Regierungsrat Heinz Albicker**: Versicherungszahlen und Rahmenbedingungen ändern sich von Jahr zu Jahr. Die Fr. 325'000.–, die hier eingesetzt wurden, sind vorgesehen für 1 Prozent für die Verwaltung. Im Weiteren brauchen wir Fr. 75'000.– für die Spitäler. Auch im letzten Budget war die Summe, die der Kanton zur Abdeckung der Betriebskosten

ans Spital gibt, in diesem Betrag enthalten. Würden wir nun eine Korrektur vornehmen, so brauchten wir hier noch weitere Fr. 400'000.–, was insgesamt Fr. 725'000.– ausmachen würde.

### **Abstimmung**

**Mit 38 : 20 wird der Antrag von Roger Windler abgelehnt.**

#### **2550 Schaffhauser Polizei**

##### **311.3010 Verkehrssicherheitsanlagen – Anschaffungen und Anpassungen**

**Markus Brüttsch (SP):** Der Kommentar zu dieser Position lautet: „Keine Ausgaben im Jahr 2009, da die vorgesehenen Beschaffungen bereits 2008 getätigt werden können.“

Vor zwei Wochen wurde ein Postulat von Edgar Zehnder, der auch im Grossen Stadtrat ist, behandelt; es ging dabei um die „Aufwertung Verkehrsgarten“. Der Grosse Stadtrat hat das Postulat überwiesen. Das Gelände des Verkehrsgartens befindet sich im Besitz der Stadt Schaffhausen, Bestellerin aber ist die Schaffhauser Polizei, welche für die Verkehrssicherheit zuständig ist.

Der etwa 40-jährige Verkehrsgarten ist wirklich in die Jahre gekommen und entspricht sicher nicht mehr den heutigen Verkehrsansprüchen. Das Postulat wurde also überwiesen, und der Stadtrat sagte, es müsse zusammen mit dem Kanton und mit den Verkehrsverbänden eine gute Lösung gefunden werden. Dabei wurde von Kosten zwischen Fr. 100'000.– und Fr. 300'000.– gesprochen, denn es besteht auch der Wunsch nach sanitären Anlagen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich den Antrag, es seien Fr. 100'000.– ins Budget aufzunehmen, damit der Verkehrsgarten im Jahr 2009 rasch realisiert werden kann. Man würde sicher eine gute Lösung finden.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Die Antwort des Stadtrates an den Grossen Stadtrat hat uns verwundert; wir haben ja noch gar keine Verhandlungen geführt. Die Anlage gehört der Stadt Schaffhausen, und die Polizei führt darauf ihre Instruktionen durch. Nun kann natürlich eine Exekutive nicht davon ausgehen, dass wir einfach einen bestimmten Betrag aufwerfen. Das ist eine Sache, die wir noch miteinander besprechen müssen. Ich verweigere mich diesem Vorschlag nicht, aber ich möchte auch keinen fixen Betrag im Budget haben. Wir werden verhandeln und danach die Angelegenheit über einen Nachtragskredit lösen.

**Markus Brütsch (SP):** Das Versprechen der Regierung ist jetzt da. Wir sind es auch den Kindern schuldig, ihnen einen guten Verkehrsunterricht anzubieten. Heute sind die Ansprüche im Verkehr anders als vor 40 Jahren. Ich kann mich mit der Antwort von Regierungsrat Heinz Albicker einverstanden erklären und ziehe den Antrag zurück.

## POLYCOM

**Peter Gloor (SP):** Ich spreche zu einer – so glaube ich – Grossbaustelle, die wir eröffnet haben, und zwar zum System POLYCOM. Diese wurde vor Kurzem eingeweiht.

Ist das POLYCOM so anfällig, dass „intensiv verhandelt werden“ musste, um die Wartungsverträge „massiv zu senken“? Ich bin der Meinung, zuerst sollte die Wartung noch in der Garantiezeit liegen. Es handelt sich um folgende Positionen: 311.3100 Betriebskosten Funk, 311.9500 Anschaffungen EDV-Kleingeräte und Lizenzen, 311.9510 Informatik-Projekte, 315.2000 Unterhalt/Betrieb Einsatzzentrale (Schnittstelle POLYCOM-ELS). Wir haben heute Vormittag schon einmal von Schnittstellen gesprochen. Zähle ich die Positionen zusammen, erhalte ich Fr. 433'000.–.

Frage: Wurden diese Fr. 433'000.– vergessen? Handelt es sich um neue Schnittstellen, die für POLYCOM erfunden wurden?

Zu 311.9500: Man weiss doch, wie viele Arbeitsplätze der bewilligte Vollbestand der Polizei ausmacht, man weiss also auch, wie viele Geräte benötigt werden. Wurde der Preis im Budget des Vorvorjahres geschönt? Was wurde wirklich vergessen? Warum wurden die Schnittstellen nicht projektiert?

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Ich darf feststellen, dass sich POLYCOM im Einsatz bewährt und sehr gut funktioniert. Die Fragen von Peter Gloor zeigen eine gewisse Unsicherheit auf. Betrachten Sie die Position 311.3100 Betriebskosten Funk: Da liegen wir um Fr. 100'000.– unter dem budgetierten Betrag von 2008. Das geht auf die erfolgreichen Verhandlungen zurück. Wir werden das gesamte Projekt um etwa 1 Million Franken besser als budgetiert abschliessen! Auch bei den Betriebskosten haben wir das Maximum herauszuholen versucht.

Position 311.9510 Informatik-Projekte dürfen wir nicht in den gleichen Topf werfen. Diese hat mit POLYCOM überhaupt nichts zu tun, sondern mit der neuen Einsatzzentrale. Hier brauchen wir Fr. 70'000.– für das Personalinformationssystem. Dieses ist veraltet, die Programmiersprache stimmt nicht mehr. Wir benötigen dieses System beispielsweise zur Verwaltung von Pikettdiensten.

Die anderen Fr. 70'000.– benötigen wir für die Schnittstelle Geschäftskontrolle. Das Journal über das neue Einsatzleitsystem (ELS) läuft. Damit die Daten aus dem ELS in die Geschäftskontrolle übernommen werden können, muss eine Schnittstelle geschaffen werden. Journaleinträge, welche eine Weiterbearbeitung erfordern, beispielsweise Rapporte und Weiterleitungen an entsprechende Stellen, müssen wir ausdrucken und neu in die Geschäftskontrolle aufnehmen. Damit dies automatisch erfolgen kann, benötigen wir eine Investition in der Höhe von Fr. 70'000.–. Bei POLYCOM aber, das kann ich versprechen, werden die Kosten weit unterschritten.

### **437.0000 Bussen – Sammelkonto**

**Markus Müller (SVP):** Vor Kurzem konnten wir der Presse entnehmen, es sei ein Vertrag mit dem Grenzwachtkorps geschlossen worden. Dieses ist neu nun berechtigt, Bussen einzuziehen, die höher als vorher sind. Wie werden diese Bussen aufgeteilt? Kommen sie zum Kanton oder behält Bern sie ein?

Falls das Bussgeld im Kanton Schaffhausen bleibt, ist dieses in die budgetierten 6 Millionen Franken eingeflossen? Wenn ich sehe, wie präsent diese Leute sind, muss ja eindeutig mehr Geld eingehen. Wurde das berücksichtigt?

Heute Morgen hat Regierungsrat Heinz Albicker gesagt: Übernimmt der Kanton von den Gemeinden Aufgaben, zahlen die Gemeinden wohl dafür, aber der Personalbestand wird beim Kanton aufgestockt. Über die Summe gerechnet wurde der Personalbestand aufgestockt, weil der Bund Aufgaben übernimmt. Können wir in Zukunft mit dem Abbau des Bestandes der Polizei rechnen? Das wäre ja nur konsequent.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Sie haben zumindest festgestellt, dass das Budget nicht mehr so hoch ist, wie es auch schon mal war. Josef Würms hat ja eine entsprechende Forderung gestellt. Wir haben aber nicht weniger Kontrollen durchgeführt und senken einfach das Budget, sondern es ist tatsächlich so, dass wir in diesem Jahr weniger Bussen als im Vorjahr ausgestellt haben. Deshalb haben wir das Budget korrigiert. Umgekehrt kann man auch sagen: Das ist ein gutes Zeichen; die Verkehrsteilnehmer halten sich vermehrt an die Regeln. 85 bis 90 Prozent der Bussen kommen von den Automaten und werden nicht bei Verkehrskontrollen ausgestellt.

Das Grenzwachtkorps verteilt nicht erst jetzt Bussen. Das hat es vorher schon getan. Jetzt aber haben wir ganz klar festgelegt, in welchen Bereichen es Bussen aussprechen darf. Geschwindigkeitskontrollen führt es nicht durch, auch nicht Verkehrskontrollen, nur damit man Verkehrskon-

trollen gemacht hat. Das Grenzwachtkorps macht Kontrollen im Zusammenhang mit seiner Aufgabe. Wenn den Kontrollierenden im Zusammenhang mit dieser Arbeit aber etwas auffällt – Alkoholfahne, schlechte Pneu, kein Licht und so weiter –, so können sie einschreiten.

Die Bussen fließen dorthin, wo sie hingehören. Auch die Depositionen gehen beim Verkehrsstrafamt, beim Untersuchungsrichteramt oder bei der Polizei ein. Auf die von ihm ausgestellten Bussen erhält das Grenzwachtkorps eine Provision von 15 Prozent. Das ist schweizerisch geregelt. Im Budget ist es nicht ausgewiesen, aber in der Rechnung 2009 wird eine Position enthalten sein, aus welcher die Höhe der Provision ersichtlich ist, die das Grenzwachtkorps bekommen hat. Daraus ist dann auch ersichtlich, wie viele Bussen es verteilt hat.

Das entlastet die Polizei in dem Sinn, dass sie mit dem Grenzwachtkorps in gewissen Bereichen zusammenarbeiten kann. Macht das Korps in Schleithelm Kontrollen im Zusammenhang mit dem Grenzübertritt, muss ja die Schaffhauser Polizei nicht auch noch im gleichen Gebiet kontrollieren. Deswegen bauen wir aber kein Personal ab. Wir sind schon am Anschlag bei dem, was wir heute alles erledigen müssen! Denken Sie nur an die Probleme nachts in der Stadt Schaffhausen. Bei dem, was wir da an Personal aufbieten müssen, ist es unmöglich, Stellen abzubauen.

Noch zu Peter Gloor: Die zusätzlichen Arbeitsplätze, die wir eingerichtet haben, gehören hier dazu. Es ist uns zum ersten Mal seit der Zusammenlegung der Polizei im Jahre 2001 gelungen, den vollen Bestand überhaupt zu erreichen. Es gab zwei Probleme: 1. Die Fluktuation war meistens tief, 2007 aber relativ hoch. 2. Wir mussten Polizeischulen selbst organisieren. Nun können wir jedes Jahr Polizisten an die Polizeischule der Ostschweiz in Amriswil in die Ausbildung schicken. Deshalb gelingt es, den Vollbestand zu erreichen.

### **30 Gerichte**

#### **315.9500 Betriebskosten EDV**

**Markus Müller (SVP):** Wir haben das Budget der Gerichte in der Justizkommission vorbesprochen. An dieser Stelle attestiere ich den Gerichten, dass sie sich tatsächlich grosse Mühe geben, die Kosten im Griff zu halten. Aber die Gerichte sind eben limitiert, weil sich ihre Kundschaft letztlich nicht nach uns richtet.

Ein Grund zu Diskussionen sind die leidigen EDV-Kosten. Natürlich ist es richtig, dass man die EDV zentral zusammenfasst; es ist auch sinnvoll, dass die Rechner über die ganze Verwaltung die gleichen sind. Schwierig wird es dann, wenn Bildschirme zu sehr hohen Kosten geleast und alle paar Jahre ersetzt werden. Man muss auch differenzieren. Wer den gan-

zen Tag vor dem Bildschirm sitzt wie unsere liebe Erna, hat Anrecht auf einen qualitativ hoch stehenden, grossen Bildschirm. Für den Angestellten aber, der einmal pro Woche seine E-Mails anschaut, tut es auch ein älteres Modell. Es ist einfach falsch, wenn man wie eine Dampfwalze durch die Verwaltung fährt und erneuert.

Wir haben uns in der Justizkommission gesagt: Wenn in dieser Richtung nichts geschieht, werden wir uns vorbehalten, einen Vorstoss zu machen. Wir warten noch zu und wollen sehen, was Bernhard Egli unternimmt. Er wird bei den WoV-Betrieben einen Antrag stellen. Ich bitte Sie jetzt schon, diesem Antrag zuzustimmen. Denn irgendwann müssen wir über die KSD und darüber sprechen, wie wir die EDV in diesem Kanton regeln wollen. Das wäre eine gute Gelegenheit.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Zu den Informatikkosten bei den Gerichten: Ich verstehe die Welt nicht mehr, wenn es tatsächlich so ist, dass da Leute arbeiten und vielleicht einmal pro Woche ihr E-Mail checken. Dass gewisse Leute im Gericht am liebsten noch mit MS-DOS arbeiten würden, ist unbestritten.

Sie wissen, bis 2004 haben die Dienststellen nach ihrem Gutdünken ihre Informatik-Arbeitsplätze gekauft und ersetzt. Im Zuge der Standardisierung dieser ganzen Anwendungen und um die Kosten für den Betrieb tiefer zu halten, hat die Regierung Ende 2004 – notabene gemeinsam mit dem Stadtrat – beschlossen, die Arbeitsplätze zu standardisieren. Deren Ausstattung wird bei uns alle 5 Jahre ausgetauscht. Wenn man nun wirklich diese Betriebskosten beim Gericht, die ja schon Gegenstand verschiedenster Verhandlungen waren, im Detail betrachtet, so sind sie in diesem Jahr marginal gestiegen. Warum?

Es gibt Remote-Anschlüsse für Richter, das finden Sie in den Kommentaren zu den einzelnen Positionen. Diese Anschlüsse erlauben es den Richtern, zuhause zu arbeiten. Kosten: Fr. 7'200.–. Kein Mensch hat gesagt, sie müssten es installieren, aber sie wollten es.

Im Weiteren gibt es das Projekt „WinBeam“, ein elektronisches Handling von Betreibungsbegehren. Kosten: Fr. 150'000.–. Damit werden natürlich höhere Betriebskosten (Fr. 12'000.–) ausgelöst.

Hinzu kommen einige Arbeitsplätze, die jetzt aufgrund der Änderung des Systems abgelöst werden müssen. Die Differenz dieser Kosten von 2008 auf 2009 beläuft sich auf nicht einmal Fr. 40'000.–. Die Arbeitsplätze sind insgesamt um 2,1 Prozent gestiegen, was aber die ganze kantonale Verwaltung betrifft. Bleiben Sie in dieser Sache bitte fair, auch bei den Gerichten.

**Markus Müller** (SVP): Ich habe gar kein Wort über den Anstieg dieser Kosten verloren. Die Höhe der Kosten ist es, die uns seit Jahren Sorgen macht. Wir haben auf den ersten Blick Betriebskosten für die EDV von ungefähr Fr. 400'000.–. Wahrscheinlich sind es mehr. Und das kann es ja nicht sein.

Ich betone: Ich habe nicht gesagt, die Gerichtsleute sähen ihre E-Mails einmal pro Woche an, sondern ich habe ganz allgemein über die gesamte Verwaltung gesprochen. Ich schaue mir diejenigen Kosten im Detail an, welche die Justizkommission betreffen. Aber ich nehme an, dass es sich in anderen Departementen ähnlich verhält. Deshalb braucht es eine Betrachtung über das Ganze. Es kann doch nicht sein, dass wir schliesslich Betriebskosten in Millionenhöhe haben. Dann kaufe ich den Bildschirm aber sicher lieber im Interdiscount oder im Internet.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, weshalb wehren Sie sich dagegen, dass eine solche Gesamtanalyse gemacht wird?

## **40 Investitionsrechnung**

### **Baudepartement**

#### **4310 Ausbau der Staatsstrassen**

**Edgar Zehnder** (SVP): Ich stelle klar, dass ich seit 2007 in einem unabhängigen Zürcher Unternehmen als Unternehmensleiter tätig bin und gar nichts mehr mit einem Schaffhauser Unternehmen am Hut habe. Ich bin also völlig unabhängig bei dem, was ich sage, und profitiere auch nicht. Das festzuhalten ist mir wichtig. Man sagt, die Lehrenden stünden für ihren eigenen Lohn auf, ich aber vertrete hier keine eigenen Interessen.

Der Finanzdirektor hat gesagt, der Staat sei ein verlässlicher Arbeitgeber. Das hoffe ich auch. Die Bauindustrie, vor allem der Tiefbau und der Strassenbau, ist nämlich bis zu 90 Prozent von diesem Staat abhängig. Die Investitionsrechnung in Bezug auf den Ausbau der Staatsstrassen zeigt auf, dass 2007 15,5 Millionen Franken und 2008 13 Millionen Franken ausgegeben wurden beziehungsweise veranschlagt waren. Für 2009 sind es gerade noch 7,5 Millionen Franken. Wir sprechen also von einer Halbierung innerhalb von 2 Jahren.

1 Million Franken Bausumme entspricht 5 Mannjahren. Das heisst, wir haben pro Million Rückgang 5 Mann, die keine Arbeit haben; bei 8 Millionen Franken sind dies 40 Mann. In Bezug auf durchschnittliche Schaffhauser Bauunternehmen mit ungefähr 20 Mann bedeutet dies, dass 2 Firmen den Laden schliessen müssten, wenn man so rechnet. Das sind brutale Zahlen! Es sind nicht einfach nur 8 Millionen Franken, die wir hier

gestrichen oder nicht ausgelöst sehen, sondern 40 Mann, von denen man nicht weiss, wie man sie in Schaffhausen beschäftigen kann.

Der Kantonsrat und die Regierung sind sich meiner Meinung nach der möglichen wirtschaftlichen Folgen manchmal nicht bewusst.

Regierungsrat Erhard Meister hat heute Vormittag gesagt, wir hätten grosse Investitionen in der Verkehrsinfrastruktur vor uns. Das mag stimmen, wenn ich ans Agglo-Programm denke, das irgendwann ab 2011 ausgelöst wird, nur nützt das momentan leider niemandem in der Bauindustrie. Von linker Seite haben wir heute das Wort Kaufkraft erhalten gehört, es war die Rede von Teuerungsausgleich und Ausbezahlung eines Leistungslohns. Das sind Themen, die beim Staat diskutiert werden, und zwar beim Staat, der sich gern selbst beschäftigt. Betrachte ich nämlich die Position 2320 Verwaltung und Projektierung, sehe ich, dass 1,65 Millionen Franken für das Jahr 2007 bereitgestellt waren beziehungsweise ausgegeben wurden; nun sind 1,74 Millionen für das Jahr 2009 eingestellt. Wir haben also eine Steigerung der Verwaltungs- und Projektierungskosten um 5 Prozent gegenüber einer Reduktion der Investitionen in den Ausbau der Staatsstrassen um 50 Prozent! Das ist für mich ein riesiger Widerspruch. Ich frage mich: Was tun diese Leute in der Verwaltung im nächsten Jahr? Auf bessere Zeiten warten, ohne Not, wie wir es heute Morgen gehört haben? Und was macht die Bauindustrie 2009 mit ihrem Personal? Ich wende mich vor allem an die linke Seite, die sich in ihren Zeitungsinserten immer als Vertreterin der arbeitenden Klasse versteht. Hier sind nicht die Geschäftsführer betroffen, denn diese haben ihren Job auch dann, wenn nur 15 statt 40 Mann arbeiten. 25 oder 40 Mann aber stehen auf der Strasse. Da wäre auch von linker Seite mehr Solidarität zu erwarten und nicht nur bei der Lohnerhöhung und beim Leistungslohn fürs Staatspersonal.

Die Privatwirtschaft nämlich muss diese 50-Prozent-Reduktion im Jahr 2009 selbst ertragen. Sie muss ausharren oder sie muss leider untergehen. Wo bleibt das antizyklische Verhalten des Staats? Roger Windler (SP) hat heute antizyklisches Verhalten gefordert. Sowohl beim Kanton als auch bei der Stadt heisst es, eine Reduktion des Personals um 1 Prozent pro Jahr sei nicht machbar und nicht zu verkraften. Aber dafür macht man ein Riesenspektakel um den Ausgleich der Teuerung.

Wir in der Privatwirtschaft müssen jedoch das Fünzigfache von diesem einen Prozent ertragen: eine fünfzigprozentige Reduktion sowohl der Arbeit als auch des Personalbestandes.

Die Bauwirtschaft ist leider kein Restaurationsbetrieb, der die Koteletts einfrieren kann, wenn heute niemand zum Essen kommt. Und morgen kann man sie wieder auftauen. Wir in der Bauwirtschaft müssen auch 2009 mit den gleichen Leuten arbeiten können. Vergessen Sie nicht, dass die Bauindustrie mit rund 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts doch

ein grosses Standbein der Schweizer Wirtschaft ist – was es hoffentlich auch bleibt. Wie kann und wie soll aber die Bauindustrie diese Reduktion effektiv verkraften? Wissen Sie, wie? Ich sage es Ihnen: Ich fahre jeden Morgen nach Zürich, weil es für mich die Position, die ich suche, vielleicht in Schaffhausen nicht gibt. Das ist aber mein eigenes Problem. Viel schlimmer aber finde ich, dass ich hinter immer mehr Kleinbussen und kleinen Walzen herfahre, die sich nach Zürich verschieben. Das heisst, die Schaffhauser Unternehmen versuchen schon lange, ihren Arbeitsvorrat in Zürich auszugleichen, der hier immer wieder fehlt, da wir sehr unterschiedliche Vergaben pro Jahr haben und der Arbeitnehmer keine ausgeglichenen Arbeiten in Schaffhausen mehr hat. Das bedeutet 2 Stunden mehr Fahrzeit, welche die meisten Schaffhauser leider noch in einem stark umkämpften Preismarkt in Zürich selbst berappen müssen. Das wird kein Schaffhauser Unternehmen sehr lang mitmachen. Diese Leute werden über kurz oder lang auf der Strasse stehen. Es sind im Übrigen nicht die hoch Ausgebildeten, die auf der Strasse stehen. Wir werden diese Leute irgendwann im Sozialposten wieder finden.

Es wäre für mich wichtig, dass die Bauwirtschaft auf einen verlässlichen Partner zählen dürfte. Lohnerhöhungen sind dabei nicht das grosse Thema. Wir wollen nur erreichen, dass eine gewisse Plafonierung der Arbeit erreicht werden kann. Deshalb stelle ich auch keinen Antrag. Abgesehen davon, was für einen Antrag könnte ich denn stellen? Hingegen bitte ich den Regierungsrat, diese Massnahmen für 2009 nochmals zu prüfen und notwendige Projekte aus den Jahren 2010 und 2011 wenn möglich schon dieses oder nächstes Jahr auszulösen. Da könnte die Verschiebung ein wenig ausgeglichen werden. Und dann könnte man sagen: Wir haben einen verlässlichen Partner, nämlich den Kanton.

**Florian Keller (AL):** Edgar Zehnder, zu Ihrer ein wenig weinerlichen Ansprache gibt es schon noch etwas zu sagen: Wir haben heute Morgen nicht gefordert, es sei für Lohnerhöhungen mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Wir haben einzig und allein verlangt, dass von den 3,5 Prozent 2,9 Prozent für den vollen Ausgleich der Teuerung verwendet werden sollen. Das haben wir so gefordert, weil die Funktionen sonst an Wert verlieren. Nun müssen Sie nicht so tun, als hätten wir verlangt, es solle mehr Lohn ausbezahlt werden.

Edgar Zehnder geht auf den Ausbau der Staatsstrassen ein. Allein in den nächsten drei folgenden Positionen (4320 Hochbauten allgemein; 4325 Spitäler Schaffhausen; 4335 Energieförderprogramm) sind Mehrausgaben von 6,5 Millionen Franken enthalten. Da sind zugegebenermassen nicht die gleichen Firmen betroffen, aber es sind ebenfalls Baufirmen.

Heute Abend noch, Edgar Zehnder, mache ich, wenn Sie wollen, mit Ihnen zusammen eine Motion, in der es darum geht, die Immobilien an die

Hand zu nehmen. Es gibt, wie Sie wissen, das Massnahmenpaket Immobilien mit den überfälligen Sanierungen. Auch können andere konjunkturstützende Massnahmen eingeleitet werden; Hans-Jürg Fehr hat einen Vorstoss in dieser Richtung eingereicht. Wir erzählen also hier vorn nicht Dinge, die wir dann nicht in Taten umsetzen.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich kann Edgar Zehnder und alle anderen, die gleich oder ähnlich wie er denken, beruhigen. Die Regierung ist eine verlässliche Partnerin für das Gewerbe generell und auch für das Baugewerbe.

Betrachten wir die Zahlen: Tatsächlich ist es so, dass die Zahlen für 2009 im Vergleich mit 2007 und 2008 in den Keller zu sacken scheinen. Aber 2006 hatten wir im Strassenbauprogramm auch „nur“ 6 Millionen Franken und 2005 1,8 Millionen Franken. 2004 waren es 5,3 Millionen Franken und 2003 5,4 Millionen Franken.

Warum hatten wir 2007/2008 so viel mehr an Investitionen? Mit der Unterführung Zollstrasse hatten wir eine Grossbaustelle. Diese Unterführung schlug 2007 mit 9 Millionen Franken und 2008 mit 8 Millionen Franken zu Buche. Wir haben kein Projekt in der gleichen Höhe, das ansteht. Es ist auch nicht möglich, so etwas innert weniger Monate zu machen. Wer aus der Baubranche kommt, weiss, dass Projektierungsvorarbeiten geleistet werden müssen; und diese nehmen eben eine gewisse Zeit in Anspruch. Die Situation ist für die Baubranche natürlich nicht erfreulich. Ich bin trotzdem zuversichtlich, dass die Lage zu verkraften ist, zumal wieder bessere Jahre auf die Baubranche zukommen werden. Ich erwähne den Galgenbucktunnel, der nicht in unserem Budget, sondern auf eidgenössischer Ebene im Budget enthalten ist, weil der Bund die Kosten übernimmt. Da geht es um eine Bausumme von gegen 200 Millionen Franken. Auch unser einheimisches Gewerbe wird sich ein rechtes Stück davon abschneiden können.

In diesem Zusammenhang kann ich Folgendes bekannt geben: Die Planauflage Galgenbucktunnel steht unmittelbar bevor. Im Dezember 2008 wird sie erfolgen. Es sollten jetzt auch die letzten Punkte mit dem Bund bereinigt sein, sodass es beim Galgenbucktunnel vorwärts gehen kann. Bauzeit für den Tunnel, wenn alles normal verläuft: Ab Ende 2009 bis 2014.

Dann kommt im Weiteren die Aufhebung der Niveauübergänge im Klettgau, was wiederum Baukosten auslösen wird. Von daher glaube ich eher, dass bessere Zeiten auf die Baubranche zukommen werden. Das Jahr 2009 ist sicher nicht optimal, aber da können wir heute die Weichen kaum noch in eine andere Richtung stellen. Das hätte in früheren Jahren erfolgen sollen.

## **70 Spezialfinanzierungen**

### **7251 Lotteriegewinn-Fonds**

#### **361.1900 Hallen für Neue Kunst**

**Nelly Dalpiaz (SAS):** Im neuen Budget wird beim Lotteriegewinnfonds mit Einnahmen von rund 3 Millionen Franken gerechnet, das heisst mit etwa gleich viel wie beim Budget 2008. Im Gegensatz zum Vorjahr wird aber mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 482'500.– gerechnet.

Ich bin mir dessen bewusst, dass die Regierung bestimmt, wie das Geld dieses Fonds ausgegeben und verteilt wird. Verschiedene Ausgabenpositionen erscheinen mir dennoch fragwürdig.

Ganz besonders stört mich – alle Jahre wieder – die Position „Hallen für Neue Kunst“. So wird Geld einem Unternehmen zugesprochen, das der Allgemeinheit wenig bringt. Der Verwendungszweck dieses Geldes ist für nicht Eingeweihte unverständlich. Vor allem überrascht dieser Betrag, da er höher als derjenige für das Museum zu Allerheiligen ist. 2006 wurden für die Hallen für Neue Kunst Fr. 250'000.– gesprochen, heute sind es Fr. 400'000.–. Die verschiedenen Geldempfänger, die zur Förderung von Jugendorganisationen oft täglich ihre Freizeit unentgeltlich zur Verfügung stellen, wären sicherlich froh, wenn ihr Zuschuss ebenfalls aus etwas höheren Beiträgen bestehen würde.

Wenn allein für die Grossfesterei am Zürcher Sechseläuten im südlichen grossen Kanton Fr. 250'000.– dem Fonds entnommen werden können, so wundert sich kaum jemand mehr über den sinnvollen oder den weniger sinnvollen Einsatz der Lotteriefondsgelder durch die Alleinherrschaft des kleinen Paradieses.

Herausgeschrieben habe ich mir weitere Positionen: „Tanz/Performance“ Fr. 20'000.–; Tanzprojekt Fr. 15'000.–. Ist das nicht das Gleiche, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel? Dann haben wir das „Rheinfall-Festival“ mit Fr. 25'000.–. Die bekommen ja jetzt schon Fr. 100'000.–. Und nun gibt es nochmals Fr. 25'000.–. Mich nimmt nur wunder, was sie mit diesem Geld anfangen wollen. Macht einmal eine Rolltreppe oder ein automatisches Laufband vom Rheinfall nach oben, dann brauchen wir gar kein Festival mehr.

Die „Rechtsauskunftsstellen“ erhalten Fr. 135'000.–. Diese Position gehört meiner Meinung nach auch nicht in den Lotteriegewinnfonds.

Für sportliche Zwecke sind nur Fr. 20'000.– eingesetzt. Wir haben aber auch eine KSS, die sehr dringend saniert werden muss. Für diese werden nur gerade Fr. 150'000.– eingestellt.

Zum Glück läuft eine Initiative; ich habe vom kantonalen Turnverband das Formular erhalten. Da sammeln wir Unterschriften, damit aus dem Lotte-

riegewinnfonds nur Anlässe für Sport, Musik und Kultur unterstützt werden. Anderes darf nicht aus diesem Fonds unterstützt werden.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Ich freue mich, ein letztes Mal Stellung zu den Fragen von Nelly Dalpiaz nehmen zu dürfen.

Nelly Dalpiaz, vergessen Sie nicht den Sport-Toto-Fonds unter Position 7221. In diesem Fonds sind viele Gelder für den Sportbereich vorgesehen. Die Fr. 20'000.– aus dem Lotteriegewinnfonds sind für spezielle Belohnungen ausgezeichneter Sportler bestimmt.

Zu den Hallen für Neue Kunst: Es besteht eine Leistungsvereinbarung. Ich hätte mich gefreut, wenn ich die Fraktionen, insbesondere die SVP-Fraktion, einmal in den Hallen für Neue Kunst hätte begrüßen dürfen. Nelly Dalpiaz kam mir dann zuvor, und es wurde die Verwaltungsabteilung im Erdgeschoss des Gebäudes der Hallen für Neue Kunst besichtigt. Das wäre eigentlich nicht der Sinn gewesen.

Vor den einzelnen Positionen des Lotteriegewinnfonds finden Sie Abkürzungen: ED, VD, DI, BD, FD. Diese Gelder werden unter den Departementen aufgeteilt, und zwar immer unter dem Aspekt der gemeinnützigen Unterstützung. Die Regierung nimmt ihre Verantwortung wahr und budgetiert die Gelder so, wie sie diese auszugeben gedenkt.

### **8300 Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung (KSD)**

**Bernhard Egli (ÖBS):** Auf Seite B 40 können Sie unter „Personalaufwand“ lesen, dass zwei zusätzliche Stellen (IT-Projektleiter), eine zusätzliche Stelle (ICT-Techniker) und eine zusätzliche Stelle (Telematiker) für Fr. 755'600.– zu schaffen seien. Näheres ist nicht erläutert. Inwiefern diese Stellen an Projekte gebunden sind und allenfalls später wieder überflüssig werden, findet ebenfalls keine Erwähnung. Deshalb beantrage ich Ihnen namens der ÖBS-EVP-Fraktion, das Budget für die KSD sei um Fr. Fr. 750'000.– zu kürzen und bezüglich der Schaffung von 4 Stellen und des entsprechenden Budgetbetrags sei dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten. Damit hätte dieser die Möglichkeit, sich vertieft mit dem Ausbau der KSD und der daraus folgenden Aufwandszunahme auseinanderzusetzen.

### **Wärmeverbund Herrenacker**

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich komme auf das Votum von Charles Gysel zurück. Er vermisste heute Vormittag, dass beim Wärmeverbund Herrenacker nichts geschehen sei. So kann ich diesen Vorwurf nicht stehen lassen. Ich anerkenne aber, dass aus dem Budget nicht hervorgeht, was alles sich in der Zwischenzeit getan hat.

Wir haben im Lauf dieses Jahres den Wärmeverbund Herrenacker in verschiedenster Hinsicht reformiert. Wir haben den Betrieb optimiert, das war das Wichtigste. Früher nämlich war Erdgas die prioritär benützte Energie. Heute räumen wir unter dem Blickwinkel der Ökologie die Priorität der Wärmepumpe ein, mit Grundwassernutzung. Damit kommen wir der ursprünglichen Zielsetzung des Wärmeverbundes sehr viel näher. Wir haben im Übrigen neue Lieferverträge für Drittbezüger ausgearbeitet und sind nun daran, auf den 30. Juni 2009 die Änderungskündigungen auszusprechen. Diese Lieferverträge sehen auch vor, dass die Investitionen in den Wärmepreis aufgenommen werden. Fraglich ist noch, ob wir die gesamten Investitionen oder nur einen Teil davon aufnehmen können. Irgendwann nämlich erreichen wir eine Grenze, wo wir nicht mehr konkurrenzfähig sind. Entsprechende Kalkulationen wurden gemacht. Wir werden das neue Regime auf die neue Heizperiode (Beginn des Rechnungsjahres beim Wärmeverbund: 1. Juli 2009) einführen.

Im Voranschlag 2009 haben wir nochmals nach dem alten System budgetiert, aber ab dem 1. Juli 2009 läuft es nach dem neuen System. In diesem Zusammenhang haben wir auch festgestellt, dass der Wärmeverbund noch zusätzliche Kapazitäten hat: 15 Prozent der Leistung wären noch verfügbar. Wir haben auch festgelegt, dass eine Akquirierung erforderlich ist. Zudem sind wir dabei, zu prüfen, ob der Wärmeverbund noch weiter ausgebaut werden könnte. Zusammen mit der Stadt schauen wir den ganzen Rheinuferbereich bis hin zur Kammgarn an, inwiefern eine Wärmeversorgung dort nötig ist.

Wir haben eine vom Energielieferanten unabhängige Betriebskommission eingesetzt, weswegen der Budgetbetrag leicht gestiegen ist. Beachten Sie aber auch, dass der Gasankauf von Fr. 210'000.– auf Fr. 120'000.– reduziert wurde. Das zeigt, dass wir ein anderes System fahren.

Der städtische Baudirektor Peter Käppler und ich haben uns in einer Aufsichtskommission konstituiert und schauen der Betriebskommission mit der nötigen Aufmerksamkeit auf die Finger, aber auch mit dem nötigen Vertrauen, denn sie macht ihre Arbeit gut.

## **WoV-Dienststellen**

### **2122 Ausländeramt**

**Andreas Gnädinger** (JSVP): Von 2008 auf 2009 sollen die Asylgeschäfte gemäss Grafik auf Seite B 15 von 3'000 auf 5'200 steigen. Es gab seit dem Jahr 2000 noch nie so viele Geschäfte im Asylwesen. Ich bitte Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, diesen markanten Anstieg zu erklären.

Zur Produktegruppe „Asylwesen und vorläufige Aufnahmen“: Wir sehen, wie die Geschäfte von 3'000 auf 5'200 steigen. Unter Indikator 6 „Anzahl Befragungen“ sehen wir diese von 50 auf 25 sinken. Was für Befragungen sind das? Warum sinken sie, wenn die Geschäfte steigen?

**Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf:** Dieses Thema wurde auch in der GPK angesprochen. Der Anstieg hat mit der neuen Asylgesetzgebung zu tun. Der Bund verlangt vermehrt Gespräche mit den betroffenen Personen. Diejenigen, welche einen negativen Entscheid erhalten haben und eigentlich ausreisen müssten, jedoch über keine Papiere verfügen, sind nun vermehrt aufzubieten und haben auf dem Ausländeramt zu erscheinen. Es wird immer wieder Druck auf sie gemacht, bei der Beschaffung von Papieren kooperativ zu sein. Es wird kontrolliert, ob sie beispielsweise bei ihrer Botschaft vorgesprochen haben, ob sie sich also bemüht haben, sich die Papiere zu beschaffen. Aufgrund dieses Vorgehens steigt die Anzahl der Geschäfte. Grundsätzlich müssen die betroffenen Personen beim Ausländeramt vorsprechen bezüglich Ausreise, Papierbeschaffung und wegen des Familiennachzugs. Die Zunahme der Geschäfte hat auch mit der Anzahl der Asylsuchenden zu tun. Vor rund zwei Jahren ging man davon aus, dass etwa 10'000 Personen pro Jahr in die Schweiz kommen würden, von denen rund 1 Prozent Schaffhausen zugewiesen würden. Dies hat sich in den vergangenen Monaten stark verändert und es kommen weit mehr Flüchtlinge in die Schweiz.

### **Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung (KSD)**

**Charles Gysel (SVP):** Gemäss § 73 der Geschäftsordnung kann man im Zusammenhang mit den Globalbudgets einen Auftrag erteilen. Ich stelle somit Antrag: Die Integration der Informatik-Strategiestelle in die KSD soll geprüft werden. Ich verzichte auf eine ausführliche Begründung. Es geht nur um eine Prüfung im Zusammenhang mit der Reorganisation. Die Regierung ist natürlich frei. Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel hat uns heute Vormittag erklärt, die Angelegenheit werde ohnehin überprüft. Wenn Sie aber meinem Antrag zustimmen, so erhalten Sie zumindest einen Bericht und Antrag bezüglich dieser Überprüfung. Dann wissen Sie auch, wie diese durchgeführt wurde.

Ich habe mir die Unterlagen betreffend die Einführung dieser Strategiestelle geben lassen. Die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten, die man dieser Stelle übertragen hat, sind problemlos in die KSD integrierbar. Dann ist alles in einer Hand.

Heute Morgen hat Regierungsrat Erhard Meister gesagt: „Jede Schnittstelle ist ein Koordinationsaufwand.“ Deshalb müsste man versuchen, solche Schnittstellen zu eliminieren und klare Aufträge zu erteilen. Ich bin

überzeugt: Mit einer guten Führung der KSD kann auch die EDV-Strategie des Kantons vorangetrieben werden.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Da wir ja eine intensive Diskussion über die Informatik führen und bereits während des Eintretens die Informatikkosten mehrmals ein Thema waren, gestatten Sie mir, hier nochmals etwas vertiefter auf unsere Leistungserbringerin, die KSD, einzugehen.

Gestatten Sie mir aber vorweg noch zwei Bemerkungen: 1. Bernhard Egli hat in der Eintretensdebatte erwähnt, dass Ausschreibungen in der KSD abgebrochen würden. Diese unhaltbare Behauptung weise ich hier und jetzt ganz entschieden zurück!

2. Markus Müller, ich wehre mich wirklich nicht dagegen, dass die Betriebskosten – und überhaupt die ganze KSD – geprüft werden. Im Gegenteil. Ich bedauere aber Folgendes: Es ist immer noch nicht gelungen, die Transparenz, die ich seit Jahren mit der GPK herzustellen versuche, in die Fraktionen zu tragen, speziell in die SVP, in der ich das Ganze nochmals ausgeführt habe. Das ist es, was mir leidtut.

Die Betriebskommission hat am 20. August 2008 eine Sitzung durchgeführt. Anschliessend waren übrigens die GPK des Kantonsrates und die GPK des Stadtrates, wie ich bereits mehrmals erwähnt habe, für eine vertiefte Information bei der KSD eingeladen: Die vollständige Betriebskommission mitsamt Fachausschuss war ebenfalls anwesend und wir haben nebst den aktuellen Projekten auch ausführlich über die Betriebskosten informiert.

An der erwähnten Sitzung hat die Betriebskommission einer Personalaufstockung um 4 Personen – vorbehältlich der Zustimmung zum Gesamtbudget durch Kantonsrat und Grossen Stadtrat – zugestimmt. Sie hat dies explizit mit dem Hinweis getan, dass diese Neubesetzungen nach der Einarbeitung des neuen Geschäftsführers und einer Überprüfung der bestehenden Strukturen in der KSD mit dem Fachausschuss diskutiert werden müssen und dann – je nach Ergebnis – bewilligt werden oder eben nicht. Dann erst wird auch klar sein, wo genau diese zusätzlichen Stellen anfallen werden. Ausserdem sind es für den Kanton eigentlich nur 2,2 Stellen, denn die anderen 1,8 Stellen entsprechen dem Anteil der Stadt Schaffhausen von 45 Prozent.

So viel ist heute schon klar: Wenn Sie die laufenden und budgetierten Informatikprojekte in der kantonalen und der städtischen Verwaltung ansehen – im Staatsbudget jeweils unter Konto 311.9510 budgetiert –, haben diese einen grossen Mehraufwand beim Leistungserbringer zur Folge. Ich nenne hier nur einige Projekte: 1. Die Datenplattform im Zusammenhang mit der Einwohnerregisterharmonisierung, eine ganz wichtige Grundlage für E-Government (die medienbruchfreie Kommunikation

zwischen Unternehmen, Verwaltung und Bürger). 2. Die Ablösung des bestehenden Lohnsystems. 3. Die Weiterentwicklung von „Nest“ in der Steuerverwaltung. 4. Das elektronische Handling von Betriebsbegehren („WinBeam“). 5. Die Geschäftskontrolle für die Strafverfolgungsbehörden. 6. Die ständige Weiterentwicklung der Internetplattformen zugunsten der Unternehmen und der Bürger.

All diese Projekte verlangen nach zusätzlichen Ressourcen, wie Sie uns schwer auch der Zusammenstellung der Produktstunden auf Seite B 41 entnehmen können. Diese werden im Jahr 2009 gegenüber 2007 um 7'243 Stunden oder 21,3 Prozent ansteigen. Denn nicht nur die Installationen neuer Anwendungen verlangen nach zusätzlichen Ressourcen, auch der anschliessende Betrieb verlangt einen höheren Aufwand, und dieser schlägt einerseits in den Personalkosten, andererseits im höheren Umsatz beziehungsweise Mehrertrag zu Buche! Streichen Sie uns nun die Personalkosten, so können wir ganz einfach die Aufträge nicht mehr erledigen.

Andererseits führen diese grösseren Aufwendungen nun logischerweise auch zu höheren Betriebskosten in der Verwaltung, denn die KSD ist ja eine WoV-Dienststelle. Und leider sind das die Dienststellen in der Verwaltung nicht! Denn sonst müsste sich die grössere Effizienz, die mit einem elektronischen Handling von Betriebsbegehren – das sich bei den Gerichten in Fr. 150'000.– Projektkosten und jährlich rund Fr. 12'000.– zusätzlichen Betriebskosten ausdrückt, eben auch in einem Wirkungsindikator ausdrücken! Das ganze Handling in der Verwaltung wird ja dank der Informatik effizienter.

Die Betriebskosten der kantonalen Verwaltung – in den Konten 315.9500 zu finden – steigen von 2008 auf 2009 um 6 Prozent! Die Arbeitsplätze wurden um Fr. 50.– oder 2,1 Prozent teurer. Wir müssen die Backbones ausbauen, damit wir dank den ausgezeichneten und sicheren Glasfaserleitungen, die wir haben, die Kapazitäts- und Ausfallsicherheit erhöhen können. Die anderen 3,9 Prozent der Erhöhungen sind auf die Umstellung der zweitletzten Etappe der ehemals gekauften Geräte auf die Mietgeräte, aber insbesondere auf die Betriebskosten für neue Applikationen – ich habe die grossen Projekte erwähnt – zurückzuführen!

Die Sicherheit und der kontinuierliche Betrieb stehen an oberster Stelle für die KSD – und für die Verwaltung!

Eine kleine Berechnung: Wenn ich die Löhne gemäss Sachaufwand ohne Sozialleistungen nehme und durch die Anzahl Pensen gemäss Stellenplan dividiere, ergibt sich ein durchschnittliches Jahressalär von Fr. 113'242.–. Dividiert durch 2'000 Arbeitsstunden ergibt dies einen durchschnittlichen Stundenlohn von Fr. 56.62. Wenn nun innert dreier Stunden die Informatik nicht läuft und wir nur die Hälfte davon (1,5 Stunden) als unproduktive Arbeitszeit einsetzen, entsteht ein theoretischer Ausfall in

der Höhe von rund Fr. 57'580.–. Wohlgemerkt: Es geht um einen Ausfall von IT für 3 Stunden, ich berücksichtige hier aber nur die Hälfte davon, da ich davon ausgehe, dass 1,5 Stunden auch ohne Informatik Nutzen stiftend eingesetzt werden könnten. Wir haben vor zwei Jahren im Sommer auf dem Herrenacker erlebt, was es heisst, wenn 3 Tage lang die Informatik nicht funktioniert.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas anfügen: Die schweizerische Informatikkonferenz erhebt jährlich die Informatikkennzahlen der Kantone – also eine eigentliche Benchmark. Der Kanton Schaffhausen rangiert bei den Informatikkosten der 13 Kantone, die sich beteiligen, immer unter den Besten, tief unter den Durchschnittskosten!

Lassen Sie uns in dieser Diskussion fair bleiben und Äpfel mit Äpfeln vergleichen. Auch bei der Kantonsschule, Bernhard Egli, steckt hinter der Bewirtschaftung einer E-Mail-Adresse mehr, als man oberflächlich glauben mag.

Die Informatikaufwendungen in der kantonalen Verwaltung haben sich von 2004 bis 2009 tatsächlich um 62 Prozent gesteigert. Ich bitte Sie aber auch zu bedenken, welche Projekte in diesen Jahren umgesetzt wurden und dass in diesen Jahren zusätzlich 386 PC-Arbeitsplätze dazugekommen sind, was einer Steigerung um 44 Prozent entspricht. Die Zahl der Mitarbeitenden bei der KSD ist von 2004 bis 2008 um 6 gestiegen, das entspricht einer Steigerung um 25 Prozent. Man rechne.

Dieser Antrag von Bernhard Egli ist also klar abzulehnen, wenn wir weiterhin an der Effizienz unserer Verwaltung arbeiten wollen. Dass wir heute mit dieser WoV-Pilot-Darstellung der KSD noch kein Optimum an Transparenz bieten, ist auch uns klar. Aber so ganz intransparent, wie man es heute Morgen hinstellen pflegte, ist es auch nicht. Und wir arbeiten daran, auch in Bezug auf die Transparenz besser zu werden.

Zum Antrag von Charles Gysel: Im Regierungsrats- und Stadtratsbeschluss ist festgehalten, dass die Informatik-Strategiestelle insbesondere im Hinblick auf ihre Aufgaben und Schnittstellen zu analysieren ist. An der gemeinsamen Klausur der beiden Exekutiven vom 18. November 2008 wurde die Eignerstrategie diskutiert. Im eingereichten Entwurf der Legislaturplanung ist enthalten, wie wir künftig bezüglich E-Government unter Einbezug der Informatik-Strategiestelle weitergehen wollen. Dabei wird auch zu klären sein, wer diese Aufgaben wahrzunehmen hat und wo dieses Organ angesiedelt werden soll. Dem Kantonsrat wird dies zur Kenntnis gebracht werden, zunächst im Rahmen der Legislaturziele und danach ganz sicher mit der Finanzplanung und in einem der nächsten Budgets. Ich bitte Sie, den Antrag von Charles Gysel abzulehnen und dem Regierungsrat zu vertrauen. Dieses Thema steht für ihn tatsächlich auf der Traktandenliste und er wird Ihnen diesbezüglich Rede und Antwort stehen, wie er das meistens tut.

**Christian Heydecker** (FDP): Ich gebe ja gern zu, dass ich kein IT-Spezialist bin, aber eine Frage habe ich noch: Wenn wir das Globalbudget um den Betrag für die vier Stellen kürzen, dürfen wir keinesfalls vergessen, dass diese Personen auch einen entsprechenden Ertrag erwirtschaftet hätten. Also müsste die Ertragsposition auch entsprechend gekürzt werden. Um welchen Betrag, weiss ich nicht, möglicherweise würde es zu einem Nullsummenspiel führen. Wir müssen uns letztlich die Frage stellen: Wollen wir diese Projekte, die Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel angeführt hat, an die Hand nehmen und das entsprechende Personal zur Verfügung stellen? Oder wollen wir das nicht? Wollen wir eine separate Vorlage mit Details zu den einzelnen Projekten und den Stellen?

Der Antrag von Bernhard Egli müsste meiner Meinung nach modifiziert werden. Ob er in der modifizierten Form allerdings noch sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln.

**Bernhard Egli** (ÖBS): Es geht mir nicht darum, dass nun vier Stellen definitiv, auf Nimmerwiedersehen, gestrichen werden und man die Projekte auf den Mond schießt. Es geht mir aber darum, inwiefern sich der Kantonsrat an diesem Entwicklungsprozess, an dieser Studie und an dieser Strategiediskussion beteiligen kann. Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel sagt, es werde mit dem neuen Leiter der KSD eine Prüfung durchgeführt und die vier Stellen würden nur besetzt, wenn es auch sinnvoll sei. Warum sollten wir dann nicht eine Vorlage erhalten und die Angelegenheit im Rat vertieft betrachten? Ich will die Stellen nicht streichen, wenn sie benötigt werden, ich will auch nicht die Projekte streichen, wenn es sie braucht. Aber wir müssen uns als Kantonsräte doch irgendwann einbringen können. Wir wollen mitdiskutieren, gerade wenn es um Strategien geht. Das muss sich dann für zehn Jahre bewähren. Die KSD hat einen neuen Chef, wir haben Kritiken vernommen über die Entwicklung. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, wo wir unseren Willen zur Mitsprache anmelden können. Nachher kann sich der Kantonsrat auch bewusst hinter die Strategie stellen und muss nicht mehr jedes Jahr die gleichen Kritiken äussern.

Stimmen Sie den beiden Anträgen zu, denn sie haben miteinander zu tun. Es spielt auch eine Rolle, wie die Informatik-Strategiestelle ins System passt.

**Martin Egger** (FDP): In der IT-Landschaft Schweiz gibt es tatsächlich zwei Systeme: 1. Es wird eine separate Strategiestelle wie bei uns im Kanton Schaffhausen geführt. 2. Der IT-Dienstleister erledigt sowohl operative als auch strategische Aufgaben. Ich verstehe diese Diskussion

über die Kosten sehr wohl. Wir sprechen sehr oft von den Kosten, aber sehr selten vom Nutzen, den wir von der IT haben.

Auch für mich ist schwer zu erkennen, was die IT-Strategiestelle seit ihrer Einführung denn tatsächlich umgesetzt hat. Am meisten – und diesbezüglich sind sich die Fachleute in der IT grossmehrheitlich einig – kann man aus solchen Systemen herausholen, wenn zentralisiert und so stark wie möglich standardisiert wird. Da fehlt mir im Moment ein wenig der Überblick. Beispielsweise besteht auf Kantonsebene die IT-Dienstleisterin Polizei, in der Stadt haben die VBSH eine eigene IT-Abteilung, ebenso die Städtischen Werke. In dieser Hinsicht sehe ich dringenden Handlungsbedarf für eine IT-Strategiestelle, eine Standardisierung herbeizuführen.

Ob es sinnvoll ist, jetzt quasi mit einem Hüftschuss den Auftrag zu erteilen, nur die Strategiestelle in die KSD zu integrieren, glaube ich nicht. Es braucht eine sauber ausgearbeitete Vorlage, damit einmal kantonsweit eine IT-Auslegeordnung gemacht werden kann. Danach können wir in Kenntnis der Sachlage entscheiden. Anfänglich glaubte ich, es sei die Absicht des Regierungsrates, uns da mitreden zu lassen. Jetzt bin ich unsicher, denn gemäss Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel werden wir Kenntnis davon nehmen können. Wir sollten aber schon über die zukünftige Strategie – nicht nur über die Eignerstrategie – sprechen können. In der Praxis gibt es drei Lösungen: 1. Die Organisationseinheit wird als WoV-Dienstleisterin weitergeführt, mit einem klar definierten Auftrag. 2. Es wird eine öffentlich-rechtliche Anstalt eingerichtet. 3. Die IT wird outgesourct und mit klar definierten Dienstleistungsaufträgen versehen. Ich möchte ebenfalls Klarheit haben. Es wäre aber falsch, jetzt Stellen herauszustreichen. Zuerst muss für uns die Strategie des Regierungsrates klar sein.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Jetzt vermischen wir drei Themen. Bezüglich der Informatik-Strategiestelle habe ich erläutert, wie wir vorgehen wollen. Darüber wird auf jeden Fall Bericht erstattet.

Martin Egger bringt nun noch die Frage der Verselbstständigung der KSD aufs Tapet. Hinsichtlich einer Verselbstständigung hat der Regierungsrat im selben Beschluss vom 26. Februar 2008 festgestellt, es sei ein mittelfristiges Ziel, die KSD zu verselbstständigen. Auf diesem Weg befinden wir uns. Ein entsprechender Antrag unsererseits für die KSD – Verselbstständigung oder Verwaltungsabteilung? – kommt ganz sicher in den Kantonsrat. Wie wir aber die Strategiestelle weiterhin definieren wollen, hat mit der anderen Frage zurzeit nichts zu tun. Da kommen die Räte ins Spiel. Es ist ja immer auch der Grosse Stadtrat involviert.

Der dritte Punkt ist der Antrag von Bernhard Egli. Würden Sie die Fr. 750'000.– für Personalkosten streichen, so müssten Sie im Gegenzug

einen mindestens ebenso grossen Ertrag streichen. Und – was ganz entscheidend ist – Sie müssten dann vielleicht gleich noch die Projekte benennen, die Sie nächstes Jahr nicht durchführen wollen. Diese Projekte wurden in den einzelnen Dienststellen eigentlich gutgeheissen. Wir haben ein Arbeitsvolumen in der KSD, das zusätzliche 4 Stellen notwendig macht. Das sind die Ressourcen, die wir beanspruchen. Wenn für eine WoV-Dienststelle der Auftrag da ist und die Arbeit getan werden muss, so hat diese Dienststelle auch die Kompetenz, diese Stellen entsprechend aufzuführen.

**Martin Egger (FDP):** Demnach ist der Auftraggeber, der diese 4 Stellen rechtfertigt, vorhanden. Ich habe keine Fragen mehr.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Was wir jetzt tun, ist relativ gefährlich. Wenn Sie einfach 4 Stellen streichen, können wir das, was wir in unserer Verwaltung unbedingt realisieren müssen, nicht umsetzen. Ich denke nur schon an mein Departement mit der neuen Personalplattform, deren Budget Sie heute bewilligt haben. Wir haben ausgeschrieben, wie es sich gemäss internationalen Standards gehört. Morgen wird der Regierungsrat über die Auftragsvergabe entscheiden. Die Stadt Schaffhausen muss auf den 1. Januar 2010 dieses System einführen können. Wir haben uns selbst ein Jahr mehr Zeit gegeben: auf 2011. Für uns bringt dies nämlich mehr Arbeit als für die Stadt Schaffhausen, zudem hat diese mehr Ressourcen in ihrer Personalabteilung. Wenn Sie die Stellen nicht bewilligen, können wir das nicht umsetzen. Die jetzige Plattform aber ist veraltet, wir müssen Investitionen tätigen. Streichen Sie nun tatsächlich rigoros 4 Stellen, so sind Sie inkonsequent! Wenn Sie aber sehen, wie die Leute in der KSD schufteten, mit Überstunden natürlich, müssen auch Sie sagen: Nur für die Abwicklung der jetzigen Geschäfte hätte es mindestens 2 neue Stellen gebraucht.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel hat klar dargelegt, wie die steigenden Anforderungen aussehen, die sie für die Verwaltung, die Gerichte und auch für andere Stellen erfüllen muss. Ich bitte Sie also sehr, meine Damen und Herren, lehnen Sie den Antrag ab.

Als ich vor gut 7 Jahren in diesem Rat die Schaffung einer Informatik-Strategiestelle beantragte, wurde übrigens applaudiert. Das Parlament konnte das Bedürfnis nachvollziehen. Auch die Berichterstattung in den Medien war positiv. Sogar in der Privatwirtschaft hat man nachgefragt, ob dies sinnvoll sei. Ich mag mich gut erinnern. Es ist sinnvoll, wenn der Betrieb von der Strategie getrennt ist. Das war und ist unser Ziel. Die KSD führt das aus, was die Regierung und die Strategiestelle vorschlagen. Die KSD selbst entscheidet nicht, ob „SAP“ angewendet wird oder nicht, ob man dieses oder jenes Projekt nimmt. Dafür ist die Strategiestelle da.

**Thomas Stamm** (SVP): Vertrauen beginnt im Kopf. Es gibt Branchen, wo zurzeit wenig Vertrauen vorhanden ist. Alle versuchen, das Vertrauen mit Spritzen hineinzupumpen, und es gelingt nicht. Ich habe heute auch ein Vertrauensproblem. Die gleiche Regierung und auch der Finanzdirektor, der nun Schützenhilfe leistet, hat im Frühjahr 2008 eine Vorlage zu WoV generell gebracht. Er erklärte, er sei fähig, generell WoV-Vorlagen mit Vertrauen auszustatten. Jetzt aber muss ich sagen: Diese Personalvorlage WoV ist nicht mit genügend Vertrauen und nicht mit genügend Informationen ausgestattet. Wenn ich Bernhard Egli richtig verstehe, so will er nur dieses Vertrauen anhand von Informationen geliefert haben. Er will diese Stellen nicht einfach streichen. Er will auch der Regierung nicht die Chance rauben, diese Aufgaben zu erfüllen. Und wenn ja alles schon vorbereitet ist, dann ist diese Vorlage in einer Nacht geschrieben. Zumindest denke ich mir das so.

**Markus Müller** (SVP): Mir ist jetzt auch der Finanzdirektor ein wenig weinerlich vorgekommen. Offensichtlich herrscht ein gewisses Misstrauen gegenüber der KSD. Vielleicht sind wir tatsächlich alle zu alt und haben den Schritt in die EDV verpasst. Deshalb ist das einzig Richtige das, was Bernhard Egli tun kann: Er will das Vertrauen zurückgewinnen und er will eine Diskussion mit Beteiligung des Kantonsrates. Aus diesem Grund auch haben wir als Fraktion die WoV-Betriebe abgelehnt, und zwar mit Unterstützung durch das Volk. Wir könnten sonst keinen Einfluss mehr nehmen. Bernhard Egli zieht nun die Notbremse und verlangt, dass über dieses Thema gesprochen wird. Wenn alles so klar ist, wie gesagt wurde – der Auftraggeber steht fest, die Aufträge sind formuliert, der Rahmen ist bestimmt –, ist die Vorlage tatsächlich über Nacht geschrieben. Und dann kann der neue Kantonsrat mit seinen dynamischen EDV-Leuten das Ganze besprechen. Im Moment ist das für mich die einzige Möglichkeit. Denn mit einer Kommission das Misstrauen gegenüber dieser KSD auszuräumen, ist für uns nicht möglich. Ich will diese Stellen nicht streichen, wahrscheinlich sind sie schon berechtigt. Aber ob sie am 1. Januar oder erst am 1. Februar 2009 ausgeschrieben werden, spielt wirklich keine Rolle.

**Alfred Sieber** (SVP): Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ich bitte Sie, bei diesem Budget zu bleiben. Die GPK hat Unterlagen erhalten, in denen alle in der Pipeline befindlichen Projekte ausgewiesen sind. Wenn Sie der GPK hingegen nicht mehr vertrauen, müssen Sie Bernhard Egli zustimmen. Ich bin eigentlich erstaunt, dass er diesen Antrag stellt, denn er hat besagte Unterlagen auch erhalten. In diesen sind Jahr für Jahr die geplanten Entwicklungsprojekte, auch diejenigen für 2009, ganz klar aufgelistet. Es verwundert mich, wie man auf dieser KSD herumhackt. Andere Positionen aber, die ebenfalls Millionen kosten, nimmt man

einfach so hin; da wird nichts hinterfragt. Es gibt viele Positionen in diesem Budget, die nicht so transparent dargestellt sind wie die KSD-Unterlagen.

**Werner Bächtold (SP):** Ich möchte den Präsidenten der GPK wärmstens unterstützen. Der Antrag Egli ist wirklich ein Hüftschuss. Wir sind auch ein bisschen blauäugig.

Ich mache ein Beispiel, wie der Mechanismus läuft: Auf Seite A 58 haben wir unter Position 2217.311.9510 Informatik-Projekte heute Vormittag Fr. 165'000.– bewilligt. Das Geld liegt jetzt bereit – und wir verweigern der KSD die Stelle, die sie für die Ausführung dieses Projekts benötigt. Das halte ich für inkonsequent und falsch. Bewilligen wir also die Stelle nicht, müssen wir zurückgehen und solche Informatik-Projekte streichen. Man kann doch der KSD nicht Arbeit zumuten und ihr gleichzeitig das Personal verweigern.

Der Mechanismus ist relativ einfach: Die Dienststellen geben Projekte ein, wie das erwähnte auf Seite A 58. Die Strategiestelle prüft jedes Gesuch beziehungsweise Projekt und legt der Regierung anschliessend ein Programm dessen vor, was realisiert wird und was nicht. Darauf beschliesst die Regierung, wozu ein Auftrag erteilt wird, und die KSD erledigt nachher die Ausführung. Geben wir diese Strategiestelle aber der KSD, so wird sie doch zu einem Kostentreiber. Denn wer hat dann noch ein Interesse am Sparen? Die Strategiestelle ist aus meiner Sicht äusserst sinnvoll.

Gegen das Prüfen selbst habe ich nichts, aber gegen die Streichung der Stellen wehre ich mich. Das ist blauäugig.

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer (FDP):** Bernhard Egli beantragt, auf Seite B 40 KSD Personalaufwand sei das Globalbudget um Fr. 755'600.– zu kürzen und es sei dem Regierungsrat der Auftrag zu erteilen, dem Kantonsrat eine Vorlage über die Schaffung von 4 zusätzlichen Stellen und über den entsprechenden Budgetbetrag zu unterbreiten.

### **Abstimmung**

Antrag von Bernhard Egli

**Mit 31 : 26 wird der Antrag von Bernhard Egli abgelehnt.**

### **Abstimmung**

Antrag von Charles Gysel

**Mit 34 : 17 wird der Antrag von Charles Gysel abgelehnt.**

**25 Finanzdepartement  
2524 Steuerverwaltung**

**Charles Gysel** (SVP): Wir sind am Schluss der Beratungen, und Sie sehen, wie intensiv wir über WoV diskutiert haben. Ich gebe hiermit meiner Enttäuschung darüber Ausdruck, dass nicht einmal ein Antrag auf Überprüfung einer Sache akzeptiert wird. So wird sich bei den WoV-Dienststellen überhaupt nie eine Änderung einstellen. Wir werden das thematisieren, wenn das Volk über die WoV-Dienststellen abstimmen muss. Das wollte ich Ihnen noch am Ende der WoV-Beratung mit auf den Lebensweg geben.

**Rückkommen**

**Pensionskasse**

**Nelly Dalpiaz** (SAS): Ich möchte etwas richtig stellen. Man hat zu mir gesagt, jetzt hätte ich aber die 2 auf dem Rücken, weil ich bei der Abstimmung zur Pensionskasse nicht aufgestanden sei. Ich möchte eben die 2 Prozent Teuerungsausgleich nicht nach dem System Giesskanne von der Pensionskasse haben, auch bei 1 Prozent stimme ich nicht zu. Mir geht es vielmehr um die Menschen, die wenig haben. Es sollen nicht alle mit diesen 2 Prozent bedient werden. Wir wissen, die Pensionskasse hat ein Deckungsdefizit, das zuerst wieder ausgeglichen werden muss. Wir müssen dies einsehen. Ich habe mich überall erkundigt und habe auch mit meinem Sohn gesprochen. Dieser hat zu mir gesagt: Liebe Mutter, ihr bringt noch viel in die Wirtschaft, aber ihr bringt kein Geld mehr in die Pensionskasse und in die AHV. Das wollte ich noch richtig stellen.

**Abstimmungen**

- 1. Mit 57 : 2 wird dem Voranschlag für das Jahr 2009 zugestimmt.**
- 2. Mit 63 : 0 wird den Verpflichtungskrediten im Betrag von Fr. 2'550'000.- in der Laufenden Rechnung und von Fr. 3'750'000.- in der Investitionsrechnung zugestimmt.**
- 3. Mit 63 : 0 wird der Festsetzung des ordentlichen Steuerfusses auf 112 Prozent zugestimmt.**
- 4. Mit 55 : 2 wird der Erhebung einer Rebsteuer von Fr. 1.- pro Are zugestimmt.**

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer** (FDP): Damit haben Sie den Staatsvoranschlag ohne Änderungen gegenüber der Vorlage der GPK vom 10. November 2008 verabschiedet.

\*

## 2. 80. Geschäftsbericht 2007 der Kantonalen Pensionskasse

### Eintretensdebatte

Stephan Rawyler und Franz Hostettmann treten in den **Ausstand**.

**Alfred Tappolet** (SVP): Sprecher der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Endlich wird auch noch der letzte Geschäftsbericht zum Jahr 2007 hier in diesem Rat behandelt. Dass dies erst am Ende des Jahres 2008 möglich ist, verdanken wir der Ablehnung meines Antrags seitens der FDP, dieses Geschäft sei auf der Traktandenliste vorzuziehen. Gemäss den Ausführungen von Gerold Meier und seiner Partei wäre es nicht einmal heute möglich gewesen, diesen Bericht zu behandeln. Der Jahresbericht der Pensionskasse wurde auf Platz 17 der Traktandenliste verbannt. Ich finde es skandalös, Jahres- und Geschäftsberichte in ihrer Wichtigkeit so zu reduzieren, dass sie erst am Jahresende auf der Traktandenliste stehen. Ich kann Gerold Meier nur sagen: Wer die Vergangenheit noch nicht bewältigt hat, wird kaum Chancen haben, für die Zukunft die richtigen Entscheide treffen zu können.

Nun aber zum Bericht: Leider ist die Kantonale Pensionskasse wieder in eine Unterdeckung geraten. Nachdem wir uns letztes Jahr über einen kleinen Überschuss haben freuen können, ist der Deckungsgrad auf 97,04 Prozent gefallen. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben auch die Kantonale Pensionskasse nicht verschont. Wir liegen bei den Renditen jedoch leicht über der Benchmark. Leider haben die steigenden Zinsen das Ihre dazu beigetragen, dass die Obligationen im Wert gesunken sind. Diese Wertpapiere werden jedoch bei ihrer Fälligkeit zu 100 Prozent ausbezahlt.

Im Jahre 2008 hat sich das Blatt aber schon wieder geändert. Die Gesamtrendite der Pensionskasse ist auf 0,58 Prozent gefallen. Wenn wir die letzten Jahre vergleichen, sehen wir, dass wir folgende Renditen erzielt haben: 2002: Deckungsgrad 87,98; 2003: Rendite 6,8 Prozent, Deckungsgrad 90,3; 2004: Rendite 4,3 Prozent, Deckungsgrad 94,17; 2005: Rendite 8,8 Prozent, Deckungsgrad 98,6; 2006: Rendite 4,2 Prozent, Deckungsgrad 100,21, also erstmals über 100 Prozent; 2007: Rendite 0,58 Prozent, Deckungsgrad 97,04.

Das zeigt uns, wie schwierig eine gute Anlagestrategie umzusetzen ist. Es zeigt uns aber auch, dass der Deckungsgrad nicht im Einklang mit der Gesamtrendite steht. Festzustellen ist jedoch, dass wir während der guten Börsenjahre auch einen kontinuierlichen Anstieg des Deckungsgrades hatten.

Wie schnell wendet sich doch das Blatt. Waren die Investitionen in Finanzwerte mit besten Bewertungen eine fast todsichere Strategie, sind heute gerade diese Titel im Wert am meisten eingebrochen.

Das Globalmandat der UBS von 120 Millionen Franken ist nach Auskunft der Pensionskasse – diese Auskunft liegt leider bereits einige Zeit zurück – auch bei den jetzigen Turbulenzen unverändert. Ob dies im Moment noch der Fall ist, wird uns Regierungsrat Heinz Albicker vielleicht verraten. Wir können nur hoffen, dass diese Grossbank die Finanzkrise meistert. Diesen Satz hatte ich noch vor der Übernahme der faulen Kredite durch den Bund geschrieben. Heute wissen wir, dass alles, was früher undenkbar war, heute möglich ist. Wir tun gut daran, uns auch auf das Unmögliche vorzubereiten.

Die GPK hat sich deshalb intensiv mit der Anlagestrategie der Pensionskasse auseinandergesetzt. Dazu haben wir deren Leiter, Robert Egli, und die Verantwortlichen der Anlagekommission, die Herren Müller und Liberato, zu einem Gespräch eingeladen. Wir haben uns davon überzeugen lassen, dass die Pensionskasse eine sehr vorsichtige Anlagestrategie fährt. Das heisst natürlich, dass die Pensionskasse bei sehr guter Börsenlage nicht die maximalen Renditen erwirtschaften kann. Die Strategie wird nach den zu erwartenden Risiken und nicht nach Renditen beurteilt. Eine richtige Strategie, wenn Wertschwankungsreserven fehlen. Dennoch bleibt die Pensionskasse bei Börseneinbrüchen, wie wir sie erlebt haben, nicht verschont. Die Pensionskasse kann erst dann grössere Risiken eingehen, wenn sie eine volle Deckung hat. Eine Wertschwankungsreserve von 13,9 Prozent müsste vorhanden sein, damit solche Risiken abgedeckt werden können. Dies wäre der Fall, wenn der Deckungsgrad 114 Prozent erreicht hat. So die Theorie. Die Wirklichkeit jedoch sieht auch hier etwas anders aus. Die Geschehnisse der letzten Zeit haben uns alle überholt.

Die Anlagen der Pensionskasse setzten sich 2007 wie folgt zusammen: Liquide Mittel 4,1 Prozent; Obligationen Franken 49,5 Prozent; Obligationen Fremdwährungen 7,2 Prozent; Aktien Schweiz 11,7 Prozent; Aktien Ausland 13,0 Prozent; Immobilien Inland 13,7 Prozent; Immobilien Ausland 0,8 Prozent. Zusammen sollte dies 100 Prozent ergeben.

In diesem Sinne hat sich die GPK auch mit dem Brief von Herrn Zimmermann auseinandergesetzt, von dem alle Kantonsräte Kenntnis haben. Im Nachhinein wäre es für uns alle ein Leichtes gewesen, bessere Renditen zu erzielen, wenn uns jemand die Entwicklung der Märkte

hätte vorhersagen können. Man hätte dann aber auch den Zeitpunkt des Einbruchs kennen müssen, um grosse Verluste zu verhindern. Wir sind überzeugt, dass auch Herr Zimmermann eben diese Entwicklung nicht vorhersagen konnte. Wir wissen heute, dass genau seine geforderte risikoreichere Strategie zu einem verheerenden Resultat für die Pensionskasse geführt hätte. Die Antwort der Verwaltungskommission der Pensionskasse auf den Brief wurde allen Mitgliedern des Kantonsrates zugestellt. Für die GPK besteht deshalb kein weiterer Handlungsbedarf, was diesen Fall angeht.

Wir möchten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pensionskasse für ihren unermüdlichen Einsatz zur Sicherstellung einer sehr guten Altersvorsorge für alle Versicherten herzlich danken. Wir wünschen ihnen und uns allen, dass wir die momentane Finanzkrise gut überstehen und die Lehren daraus auch umsetzen können.

Die GPK empfiehlt Ihnen, auf die Rechnung der Pensionskasse einzutreten und ihr zuzustimmen.

Ich kann Ihnen die Zustimmung der SVP-Fraktion bekannt geben. Sie schliesst sich dem Dank für die seriöse Arbeit aller Beteiligten bei der Pensionskasse ebenfalls an.

**Werner Bächtold (SP):** Die SP-AL-Fraktion hat den Bericht der Pensionskasse für das Jahr 2007 inzwischen mehrmals diskutiert, wir hatten ja auch viel Zeit dazu.

Die letztjährige Euphorie ist schneller als erwartet dem Katzenjammer gewichen. Eine erneute Unterdeckung macht einerseits schon wieder Sanierungsarbeiten notwendig, andererseits kann aus dem Indexfonds kein Geld an die Rentnerinnen und Rentner ausgeschüttet werden.

Da der vorliegende Geschäftsbericht das Jahr 2007 abhandelt und damit kalter Kaffee geworden ist, wirft er heute auch keine hohen Wellen mehr. Die SP-AL-Fraktion wird ihn unter bester Verdankung der geleisteten Arbeit genehmigen.

Was heute aber hohe Wellen wirft, sind die Turbulenzen an den Finanzmärkten und damit auch die Turbulenzen in unserer Pensionskasse.

An dieser Stelle verlasse ich mein vorbereitetes Votum und werde zum Vorleser. Thomas Wetter, der heute Nachmittag leider nicht hier sein kann, da er unterrichten muss, hat ein Votum vorbereitet in der Annahme – wir sind ja alle Berufsoptimisten –, dass die Pensionskasse heute Morgen drangekommen wäre. Im Votum von Thomas Wetter sind einige Fragen enthalten, deren Beantwortung wir uns vom zuständigen Finanzdirektor erbitten.

Die Finanzmärkte kommen nicht zur Ruhe. Sie funktionierten während der letzten Jahre wie ein losgelöstes Casino. Jenseits der realen Wirtschaft wurde mit Finanzkonstrukten jongliert, die nicht auf einer Wert-

schöpfung basierten. Zuerst wurden grosse Gewinne eingefahren und jetzt droht durch den Zusammenbruch dieses Systems eine weltweite Rezession. Übel daran ist auch, dass die Pensionskassen die Chips fürs Casino den Boni bolzenden Portfoliomanagern zur Verfügung gestellt haben.

Die 68'000 Millionen Franken, die der Bund und die Nationalbank für die UBS bereitstellen müssen, reichen vermutlich nicht. Es müssen noch weitere Milliarden nachgeschoben werden. Der aktuelle Kurs macht das einstige Flaggschiff der Schweizer Bankenwelt zur Übernahmekandidatin. Das teuerste innerschweizerische Kapitel der globalen Finanzkrise steht uns noch bevor: das Debakel bei den Pensionskassen. Was versagendes Risk Management der Banken, unfähige Topmanager und teilweise unfähige Politikerinnen und Politiker sowie das extreme Laisser-faire der Politik angerichtet haben, das baden jetzt unter anderem die Versicherten der Pensionskassen aus. Durch das gesetzlich verordnete Zwangssparen in die 2. Säule vertrauen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Alterskapital den Pensionskassen an. Dieses Vertrauen ist erschüttert, wenn nicht zerstört!

Alle Indikatoren wie Deckungsgrad, Verzinsung der Altersguthaben, Umwandlungssätze und der Teuerungsausgleich auf den Renten zeigen besorgniserregende Tendenzen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Kanton müssen schon wieder Sonderbeiträge bezahlen, und die Altersguthaben werden zum historischen Tiefstzins von 2 Prozent verzinst. In einem Rundbrief an die Versicherten werden weitere Sanierungsmassnahmen für das kommende Jahr bereits angekündigt.

Nun zu den Fragen an den Finanzdirektor: 1. Wie hoch ist der momentane Deckungsgrad? 2. Was umfassen die angekündigten zusätzlichen Sanierungsmassnahmen? 3. Wie hoch ist der momentane Vermögensstand bei den Globalmandaten? 4. Wurde bei den Globalmandaten auch in Hedgefonds und strukturierte Produkte investiert, die zum Teil vollständig abgeschrieben werden müssen? 5. Weshalb sind die Kosten der Vermögensverwaltung bei den Globalmandaten unabhängig von der effektiven Performance? 6. Im Geschäftsbericht werden auf den Seiten 6 und 8 dreimal kritische Aussagen zu Verhandlungen mit den Vermögensverwaltern gemacht. Was kam dabei heraus? 7. Weshalb nimmt die Anlagekommission nicht mit der Stiftung Ethos Kontakt auf? Diese Stiftung arbeitet zurzeit mit rund 80 institutionellen Anlegern zusammen. Bei der Anlagetätigkeit werden die Grundsätze für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt. Ausserdem übt sie das Aktionärsstimmrecht an den Generalversammlungen aller in Ethos-Fonds vertretenen Unternehmen unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmenden aus. Und zum Schluss: 8. Weshalb beteiligt sich die Kantonale Pensionskasse nicht an

einem Rating, damit die Versicherten sehen, wie die Kasse im Quervergleich zu anderen Kassen arbeitet?

Wir bedanken uns im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen.

**Bernhard Egli (ÖBS):** Die Freude war kurz; bereits im zweiten Jahr nach dem Erreichen der 100-Prozent-Deckung ist die Pensionskasse wieder in die Unterdeckung gefallen. Der Deckungsgrad liegt noch bei 97 Prozent. Sanierungsmassnahmen müssen diskutiert werden. Und Sonderbeiträge werden wohl nötig sein.

Es sind im Laufe des Jahres verschiedene Vorstösse zur Anlagepolitik der Kantonalen Pensionskasse eingegangen. Nun, mit dem Einschlagen der Finanzkrise, sieht die Sache gleich anders aus. Die eher vorsichtige Anlagepolitik ist halt doch nicht so falsch gewesen.

Im Bereich Liegenschaften wird geprüft, ob alte, unattraktive Liegenschaften verkauft oder saniert werden sollen. Dazu sollte von der Pensionskasse aber auch in neue Objekte in Schaffhausen investiert werden, mit einem Doppelgewinneffekt.

Wir wünschen uns – und das haben wir schon vor einem Jahr verlangt –, dass sich die Schaffhauser Pensionskasse am Schweizer Rating beteiligt. Die Resultate desselben wurden vor einer Woche im „Tages-Anzeiger“ publiziert und ermöglichen interessante Vergleiche, leider aber eben nicht für Schaffhausen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht 2007 ein und stimmt der Genehmigung zu.

**Christian Amsler (FDP):** Die FDP-CVP-Fraktion wird auf den Bericht eintreten. Wir haben dem Bericht in der Fraktion auch einstimmig zugestimmt, bis auf das Mitglied, das in der Verwaltungskommission ist. Da wir in der Fraktion zurzeit eine kleine Unterdeckung haben und unser Sprecher sich gerade verflüchtigt hat, verzichte ich auf ein ausführliches Votum. Ich annonciere aber unser Einverständnis bezüglich des Berichts.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Man fühlt sich ja ganz allein gelassen. Nun haben sich noch zwei Kollegen aus der Verwaltungskommission in den Ausstand verzogen, obwohl ich gar nicht glaube, dass sie tatsächlich in den Ausstand treten müssten. Sonst müssten diverse Ratsmitglieder bei anderen Geschäften ebenfalls in den Ausstand treten. Aber ich bin es mich ja gewohnt, mich irgendwie durchzumogeln.

Ich beginne mit dem, was wir traktandiert haben: mit dem Geschäftsbericht 2007. Zu diesem sprechen wir ja. Dennoch möchte ich ein wenig ausholen.

Unsere Anlagepolitik war ab und zu infrage gestellt. Wir haben am 28. August 2007 die Analyse der PPCmetrics AG über unsere Risikofähigkeit

erhalten. Unsere Anlagepolitik wurde überprüft. Weil wir im Jahre 2007 noch nicht über grossartige Schwankungsreserven verfügten, konnten wir auch nicht mehr Risiken bei der Anlagestrategie eingehen. Wir fragten uns nur noch: 1 Prozent Aktien mehr oder weniger? Mehr lag nicht drin. Das war auch richtig so. All jenen, die erklären, wir hätten grössere Risiken eingehen sollen, sage ich dann auch noch etwas. Wir haben das geprüft; die Anlagekommission hat Anträge gestellt. Die Verwaltungskommission hat diese dann auch verabschiedet. Unseren Partnern teilten wir mit den Globalmandaten mit, wo Korrekturen vorzunehmen waren.

Alfred Tappolet ist auf einiges, das ich mir notiert habe, bereits eingegangen. Ich möchte nicht weiter zu den Deckungsgraden sprechen. In der Stellungnahme zur Motion Nr. 2/2008 von Jakob Hug „Kaufkrafterhaltung der PK-Renten“ werde ich dann allerdings noch weitere Ausführungen anbringen. Die Pensionskasse hat übrigens in den letzten Jahrzehnten Leistungen für etwa 250 Millionen Franken erbracht, die nie finanziert wurden! Wären diese finanziert worden, so hätte die Pensionskasse des Kantons über einen schönen Teil an Schwankungsreserven verfügt und wäre nun nicht gezwungen, die gegenwärtigen Turbulenzen ohne Schwankungsreserven durchzustehen.

Von Ende 2006 bis Mitte Juni 2007 war – das wird ebenfalls rasch wieder vergessen – der SMI zuerst von 8'800 auf 9'200 gestiegen. Da freuten wir uns in der Pensionskasse und dachten, der Deckungsgrad werde Ende 2007 noch besser sein. Dann änderte sich die Lage: Vom 30. Juni 2007 bis Ende 2007 ging der SMI auf 8'400 zurück. Das entspricht über das Jahr gesehen einem Minus von 5 Prozent. Die Zinssätze am Obligationenmarkt erhöhten sich, das heisst, die Obligationen, die wir im Depot hatten, wurden automatisch um ungefähr 25 Millionen Franken tiefer bewertet. Diese 25 Millionen sind natürlich nicht verloren, denn jetzt sieht es wieder anders aus, die Zinsen sinken wieder.

Was ich nicht verstehe: Diese fast zu 100 Prozent wiederkehrenden Erträge für die Sanierung der Pensionskasse werden nicht angerechnet. Das habe ich auch unserer Aufsichtsbehörde mehrmals mitgeteilt. Eine Person aus der Aufsichtsbehörde in Zürich sagte aber, wenn wir unsere Anlagepolitik änderten und ein etwas grösseres Risiko eingingen, würde dies bei der Sanierung für die Pensionskasse akzeptiert werden. Da werden absolut unverständliche Aussagen gemacht!

Angesichts der Schwierigkeiten ist die ausgewiesene Performance nicht grossartig, aber immer noch positiv. Betrachten wir im Rückblick alle Jahre, so haben wir eigentlich eine gute Performance. Für die letzten 10 Jahre (ohne 2008) hätten wir so oder so die bessere Performance gehabt als mit einem höheren Aktienanteil. Nehmen wir 2008 noch dazu, dann stellt sich diese Frage schon gar nicht mehr. Fairerweise muss ich aber sagen: Wenn der Markt sich wendet und andere Kassen über einen hö-

heren Aktienanteil verfügen, kommen diese auch schnell wieder auf ein höheres Vermögen. Nur wissen wir eben nicht, wann sich die Situation wie entwickeln wird.

Die Sonderbeiträge wurden erwähnt. Nicht erwähnt wurde hingegen, dass wir die technischen Rückstellungen von 2003 (27,6 Millionen Franken) bis 2007 (109,8 Millionen Franken) um etwa 80 Millionen Franken besser dotiert haben. Damit haben wir die tiefere Verzinsung der Renten aufgefangen, auch haben wir die längere Lebenserwartung so finanzieren können. Das haben wir nicht über Beiträge finanziert, sondern über die Renditen, über unser Vermögen also.

Betrachten wir 2007 bezüglich der Globalmandate, muss ich feststellen, dass dieses Jahr schlechter ausgefallen ist als die Benchmark, die aus sagt, dass wir bei diesem Vermögen mit einem Verlust um 0,17 Prozent zu rechnen hätten. Effektiv waren es minus 0,36 Prozent. Das heisst, die Abweichung gegenüber der Benchmark betrug 0,19 Prozent. Das ist nicht erfreulich. Aber unsere Strategie ist ja nicht so, dass wir einen Partner für ein Jahr prüfen. Betrachten wir die Performance über die letzten vier Jahre (seit dem 1. Januar 2004), so ist diese um 0,72 Prozent besser als die Benchmark. In diesem Zusammenhang haben unsere Partner besser gearbeitet. Hinsichtlich der Entwicklung, die nicht so positiv ist wie in den ersten zwei, drei Jahren der Überprüfung, haben wir bereits Gespräche geführt.

Ich stelle Folgendes klar: Die Renten für unsere Pensionierten sind nicht gefährdet. Was wir unter den Passiven als künftige Schulden ausweisen, wird mit dem Stichtag 31. Dezember auf der Aktivseite verglichen. Das ist einfach nicht kompatibel. Wären wir eine Firma, die Konkurs ginge, dann gäbe es tatsächlich ein Problem, aber eines für die Aktivversicherten. Diese bekämen nämlich nur das, was noch in dieser Kasse drin wäre. Zuallererst müssen wir nun die Pensionskasse sanieren. Das hat höchste Priorität. Deshalb ist die Pensionskasse auch nicht in der Lage, über die Kasse Indexzulagen zu zahlen, obwohl wir im Indexfonds nun ein paar Millionen Franken haben, mit denen wir eigentlich eine Indexzulage ausrichten könnten. Dies verbietet uns jedoch das Reglement. Erst wenn wir einen Deckungsgrad von über 100 Prozent haben, können wir Indexzulagen über den Indexfonds zahlen.

Die Sonderbeiträge haben wir beschlossen: 1 Prozent für die Arbeitnehmenden, 1,5 Prozent für die Arbeitgeber. Weitere Massnahmen sind offen und nicht entschieden. Der mathematische Experte der Pensionskasse hat mich im Oktober angerufen und gesagt, die Verwaltungskommission müsse sofort eine Nullverzinsung beschliessen. Das habe ich abgelehnt. Eine Nullverzinsung bedeutet ja, dass wir unseren Mitarbeitenden den Zins auf ihrem Guthaben nicht zahlen, das heisst, sie erreichen den Richtwert nicht mehr und die Finanzierung zum Richtwert müs-

sen sie selbst berappen. Diesen Fall werde ich in unserer Verwaltungskommission aber erst dann beantragen, wenn es wirklich nicht mehr anders geht. Wir hatten auch in der Vergangenheit solche Turbulenzen. 2002/2003 erlitt die Börse ebenfalls tiefe Einbrüche, die sich 2003 bis 2005 wieder korrigierten. Ich bin klar der Auffassung, dass sich auch in Zukunft die Märkte korrigieren werden. Wann, wissen wir nicht, aber sie werden sich korrigieren. Der Bund gibt nun in einer Vernehmlassung bekannt, dass er für Pensionskassen in der Romandie, die eine Staatsgarantie haben, die Sanierung auf 40 Jahre ausdehnen will. Es ist klar, weshalb. Diese Kassen können sich gar nicht kurzfristig sanieren. Bei uns hingegen gilt die gleiche Vorschrift wie für private Pensionskassen: Wir müssen die Kasse in 7 Jahren sanieren. Müssten wir den Deckungsgrad, den wir jetzt haben, in 7 Jahren sanieren, dann müssten wir in der Tat Nullverzinsungen machen, Sonderbeiträge erheben und massive Beitragserhöhungen vornehmen. Das kann es aber sicher nicht sein! Die Verpflichtungen, die wir haben, sind nämlich nicht kurzfristig, sondern langfristig zu finanzieren.

Zu den Fragen von Werner Bächtold: Ich finde es etwas unhöflich, dass man mir diese nicht vorher zugestellt hat. Ich weiss auch nicht alles auswendig, das ist einfach nicht möglich. Zum momentanen Deckungsgrad will ich nichts sagen, denn dieser ändert jede Woche. Sicher sagen kann ich, dass er tiefer als 97 ist und tendenziell zwischen 85 und 90 zu liegen kommen wird. Pensionskassen, die 60 Prozent Aktien in ihrem Vermögen und 10 Prozent Schwankungsreserve haben, werden ebenfalls so tief fallen. Der Aktienmarkt in der Schweiz hat sich vom 3. Januar 2008 bis zum letzten Freitag – heute hat sich bis zum Mittag auch nichts an der Tendenz geändert – um 64 Prozent nach unten bewegt. Hätten wir also 60 Prozent Aktien, so würden wir über ungefähr eine Milliarde Franken in Aktien verfügen. Minus 64 Prozent ergibt einen Verlust von 640 Millionen Franken! Wir sind mehr als froh, dass wir nur 20 bis 22 Prozent in Aktien haben. Wir werden zwar nicht brillieren, aber solche Verluste wie einige andere Pensionskassen, von denen man uns berichtet hat, wie gut die arbeiten würden, werden wir nicht ausweisen.

Die Globalmandate sind tiefer; sie haben ja die höchsten Aktienanteile im gesamten Vermögensstatus unserer Pensionskasse. Folglich werden, wenn bis Ende Jahr nicht noch ein Wunder geschieht, die Globalmandate tiefere Werte als zu Beginn dieses Jahres haben. Wir haben, das versichere ich Ihnen, weder bei den Globalmandaten noch in den Kollektivanlagen Investitionen in Titel, die zu 100 Prozent abgeschrieben werden mussten. Wir haben uns dies schriftlich versichern lassen. Da sind wir auf der guten und sicheren Seite.

Kosten bei den Globalmandaten: Es finden immer Verhandlungen statt. Wir haben einmal bei einem Partner, mit dem wir nicht so zufrieden wa-

ren, die Performance einberechnet. Da bezahlen wir in diesem Jahr sicher weniger, als wenn die Performance gut wäre. Obwohl das eigentlich nicht entscheidend ist. Wenn die Performance stimmt, bezahle ich gern etwas mehr Gebühren, als wenn die Performance nicht stimmt und wir mit einer Einsparung bei den Gebühren noch etwas herausholen. Wir führen laufend Prüfungen durch. Im Markt sind wir präsent und wir bezahlen nichts Ungebührliches.

Zu Ethos: Wir haben keine Direktanlagen, das heisst, wir haben keine Aktien bei UBS, CS und so weiter. Uns ist gar nicht bekannt, welche Titel wir besitzen, denn die Abwicklung läuft über die Globalmandate. Zum Zeitpunkt der Generalversammlung weiss die Pensionskasse nicht, wie viele Aktien sie besitzt oder nicht besitzt.

Zum Rating: Ich verschliesse mich dem nicht, thematisiert haben wir ein Mitmachen in der Verwaltungskommission allerdings noch nicht. Ich weiss auch nicht, wie viele von den Pensionskassen sich tatsächlich bereits daran beteiligen. Wir werden es aber einmal anschauen, denn wir haben absolut nichts zu verbergen und sind der Meinung, dass wir den Job gar nicht so schlecht machen.

Wir werden Sie selbstverständlich auf dem Laufenden halten. Wir halten auch unsere Rentner und unsere Mitarbeitenden auf dem Laufenden. Sie haben es vernommen, wir haben einen Brief versandt und angekündigt, dass Sonderbeiträge erhoben werden. Wir haben auch gesagt, dass allenfalls weitere Massnahmen auf die Aktiven zukommen. Im Moment aber ist es noch zu früh, sich festzulegen. In unserer Verwaltungskommission haben wir eine Abmachung: Wir reagieren nicht auf jede Turbulenz, sondern wir warten ab, bis wir den Jahresabschluss 2008 auf dem Tisch haben. Dann werden wir definitiv weitere Entscheidungen treffen. Das tun übrigens auch die privaten Kassen. Diese entscheiden nicht irgendwann im Oktober, wenn eine Turbulenz herrscht, sondern sie entscheiden, wenn sie einen Abschluss vorliegen haben. Dann dauert eben die Sanierung statt von jetzt an erst ab dem nächsten Jahr 7 Jahre. Das ist, so denke ich, immer noch akzeptabel. Ich hoffe natürlich für uns alle, dass sich die Turbulenzen an der Börse im nächsten Jahr legen und die Aktienkurse wieder steigen. Zumindest gibt es bereits Optimisten, die steigende Aktienkurse in Aussicht stellen. Man kann sich auch nicht vorstellen, dass die Kurse noch tiefer fallen, denn irgendwo haben diese Firmen auch noch einen Wert.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ein Antrag auf Nichteintreten wird nicht gestellt. Eintreten ist somit beschlossen.

## Detailberatung

### Seite 12

#### Angeschlossene Arbeitgeber (Abrechnungsstellen)

**Werner Bolli (SVP):** Ich habe gehört, die EKS AG mache sich wieder Gedanken, bei der Kantonalen Pensionskasse auszusteigen und sich irgendwo anders einzukaufen. Wir als Kantonsrat haben einmal klar zum Ausdruck gebracht, dass wir das nicht tolerieren werden. Ich sage Ihnen, auch aus der Sicht der SVP-Fraktion: Da werden Sie bei uns auf Granit beißen! Ich habe dies Regierungsrat Reto Dubach fairerweise mitgeteilt. Jetzt aber fordere ich eine offizielle Stellungnahme der Regierung. Es geht dann nämlich auch um die Finanzierung. Wenn Sie einen Deckungsgrad von 90 Prozent haben, so ist es nicht solidarisch und nicht anständig, wenn jemand aussteigt und sagt, er finanziere dann aber nur 90 Prozent. Das ist eine Kernfrage.

Im Weiteren wäre abzuklären, ob dies nicht eine Teilliquidation für die gesamte Kasse bedeuten würde, was uns dannzumal sehr teuer zu stehen käme. Dies zur EKS AG.

Noch eine Bemerkung zur Teuerungszulage an die Rentner: Was wir tun, ist sehr problematisch. Der Arbeitgeber bezahlt die Teuerungszulagen bei den Rentnern. Wir haben es von Regierungsrat Heinz Albicker so gehört. Die Renten werden vorläufig sicher nicht gekürzt. Sie haben den Wert, wie sie als Renten entstanden sind. Nun aber bestrafen Sie wieder die Aktiven: Arbeitgeber 1,5 Prozent, Arbeitnehmende 1 Prozent. Sie werden nicht darum herumkommen, meine Damen und Herren, Anträge zu stellen, nicht gerade auf eine Nullverzinsung, aber zumindest auf eine Senkung des Mindestzinssatzes. Im Weiteren müssen Sie den Umwandlungssatz herabsetzen, wenn Sie sanieren wollen. Davon bin ich überzeugt. Wie stellt sich die Regierung dazu? Es geht mir darum, dass nun nicht ein Unternehmen um das andere aussteigt. Das wäre nicht solidarisch.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** So schlecht ist unsere Kasse nicht, dass wir einen Super-GAU erleben würden. Hallau beispielsweise kommt neu zur Kantonalen Pensionskasse. Diese Gemeinde hat bei der Privatassekuranz, bei der sie war, geprüft, welche Kasse besser ist. Eine Bank, die sich verselbstständigt hat, hat zuerst auch signalisiert, sie überlege sich ein Aussteigen. Sie bleibt nun bei uns. Bei der EKS AG handelt es sich um einen speziellen Fall. Ich verstehe natürlich die Mitarbeitenden und auch die Direktion, wenn sie mit weniger Beiträgen eine bessere Leistung erhalten.

Jetzt kommt das Aber: Werner Bolli, Sie haben es richtig gesehen. Die EKS AG müsste einen beträchtlichen Betrag einschiessen, um auf den Deckungsgrad dieser Pensionskasse zu kommen. Diese ist ausgezeichnet finanziert. Auch nicht vergessen dürfen wir, dass bei unserer Kasse die Arbeitnehmenden 40 Prozent und die Arbeitgeber 60 Prozent der Beiträge bezahlen. Im Kanton Thurgau ist es tiefer, in wieder anderen Kantonen ist das Verhältnis 50 : 50. Unsere Kasse ist also nicht so schlecht. Aber unser Problem ist, dass wir Leistungen bezahlen, die nie finanziert wurden. Wogegen ich mich aber wehre, sind die Vorstösse, die noch zu behandeln sind. Bei einem von diesen wird allerdings der Staatshaushalt und nicht die Pensionskasse belastet. Wir dürfen in diesem Saal keine Leistungen beschliessen, die nicht finanziert sind. Diesen Fehler hat man in den Sechziger- und in den Siebzigerjahren gemacht. Heute ist die Situation eine andere, zugegeben. Damals hat man sich über einen Deckungsgrad gar nicht informiert, niemand hat sich dafür interessiert. Und heute müssen wir Aktiven die Verluste ausbaden; ich gehöre ja jetzt auch zu diesen. Deshalb weigere ich mich so lange wie möglich, unsere aktiven Mitarbeitenden allzu stark zu belasten für Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden.

Es wird an den Märkten liegen, wie schnell sich dies automatisch korrigiert. 2006 war es auch nicht nur die Leistung der Sonderbeiträge, die uns auf über 100 Prozent gehievt hat, sondern es waren die Märkte. Wenden sich die Märkte, so bewegt sich unser Deckungsgrad automatisch nach oben. Die Diskussionen sind ziemlich nebulös. Bestimmte Leute sagen, zwischen 95 und 100 Prozent müsse man gar nichts unternehmen. Andere sagen, einen Deckungsgrad über 90 könne man noch akzeptieren. Weitere Experten erklären: Wenn der Deckungsgrad unter 95 liegt, müssen sofort Sonderbeiträge erhoben werden. Wir Deutschschweizer sind immer sehr schnell hörig, und das Beste für uns wäre natürlich eine Staatsgarantie. Dann hätten wir auch 40 Jahre Zeit, um die Kasse zu sanieren. Ich werde diesen Antrag aber nicht stellen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 50 : 0 wird der 80. Geschäftsbericht der Kantonalen Pensionskasse 2007 genehmigt.**

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer (FDP):** Im Namen des Kantonsrates bedanke ich mich bei der Geschäftsleitung sowie den Mitarbeitern der Pensionskasse für die gute Geschäftsführung.

\*

Schluss der Sitzung: 17.15 Uhr